

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Postzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 76.

Freitag, den 29. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

## Das Hausarbeitgesetz.

Am 1. April 1912 tritt ein Teil des Heimarbeiter-Schutzgesetzes, das der nach dem Urteil der Sozialpolitiker des Zentrums sozialpolitisch sehr fruchtbare Reichstag von 1907 noch kurz vor seinem Ende geschaffen hat, in Kraft. Wie viele Gesetze, so bestatigt auch das Hausarbeitgesetz die Heuchelei vieler Sozialpolitiker, von der Posadowsky einst gesprochen hat, als er aus dem Amte entlassen war. Während unter allen einschlägigen Sozialpolitikern Einmütigkeit darüber herrscht, daß zur wirklichen Hebung der Lage der Heimarbeiter, zur Befestigung ihres größten Elends gesetzliche Festsetzung der Löhne unbedingt erforderlich ist, haben sowohl Regierung wie Mehrheitsparteien des Reichstages jeden Eingriff der Gesetzgebung in die Regelung der Lohnverhältnisse abgelehnt. Keine Lohnfestsetzung durch amtliche Stellen, sondern freie Vereinbarung war die Lösung. Das Wort vom freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte muß besonders den Heimarbeitern, die ohne jeden Zusammenhang sind, von denen der eine den anderen nicht kennt, wie ein Hohn in den Ohren klingen. Wehrlos stehen sie in ihrer Isoliertheit dem Wucher an ihrer Arbeitskraft gegenüber. Dieser unerhörten Ausbeutung kann nur die Festsetzung der Löhne durch amtliche Stellen, in denen die Arbeiter vertreten sind, begegnen. Bei der Normierung der Löhne müßte auf die für gleiche Arbeiten durch Tarifverträge vereinbarten oder sonst in den Betriebswerkstätten gezahlten Löhne Rücksicht genommen werden. Zu solcher etwas wirksameren Hilfe der Heimarbeiter haben sich Regierung und Reichstag nicht verstanden. Das Gesetz sieht nur die Publizierung der Löhne durch Aushang von Lohnlisten in den Räumen, in denen Heimarbeiter ausgegeben wird oder durch Lohnbücher und Arbeitszettel vor. Und diese schwachen gesetzlichen Vorschriften sind dazu noch Wechsel auf die Zukunft. Der Termin, an dem die Bestimmungen über Lohnlisten, Lohnbücher und Arbeitszettel in Wirksamkeit treten sollen, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt. Darüber können noch Jahre vergehen.

Von den übrigen Vorschriften des Gesetzes, die am 1. April in Kraft treten, verdient die Registrierpflicht besondere Erwähnung. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, Verzeichnisse der Heimarbeiter, Zwischenmeister und Faktoren zu führen. Polizeibehörden und Gewerbeaufsichtsbeamten muß jederzeit Einsicht in die Verzeichnisse gestattet werden. Die Lage der Heimarbeiter selbst wird hiervon zwar nicht berührt, aber strenge Durchführung dieser Bestimmungen kann wenigstens einen Überblick über die Verbreitung der Heimarbeiter schaffen.

Ganz unzulänglich sind die Bestimmungen zum Schutze der Heimarbeiter. Sie geben den örtlichen Polizeibehörden nur Vollmacht zu Anordnungen über Beschaffenheit der Arbeitsräume und Arbeitsgeräte. Polizeibehörden können Vorschriften über Luftstrom, Luftwechsel und Befestigung des Standes erlassen und können Herstellung von Schutzvorrichtungen gegen Verletzungen durch Maschinen anordnen. Die Arbeitszeit der jugendlichen Personen bis zu 16 Jahren und deren Pausen können ebenfalls durch Polizeiverordnungen geregelt werden. Endlich können Anordnungen getroffen werden, die allzu großen Zeitverlust bei der Annahme und Ablieferung von Arbeit verhindern sollen. Für die Herstellung und Bearbeitung von Nahrungs- und Genussmitteln kann bestimmt werden, daß die hierzu benutzten Räume nicht anderen Zwecken (als Wohn- oder Schlafräume) dienen dürfen. Alle Anordnungen dieser Art dürfen für schon bestehende Betriebe aber nur getroffen werden, wenn ihre Durchführung zur Befestigung erheblicher, Leben oder Gesundheit der Heimarbeiter oder die öffentliche Gesundheit gefährdender Missetände erforderlich oder ohne unverhältnismäßige Aufwendungen durchführbar ist. Die Verwirklichung des geringen Arbeiterschutzes ist also nicht nur ganz in das Belieben der Polizeibehörden gestellt, sondern es ist auch noch dafür gesorgt, daß einschlägige Polizeiverordnungen nicht besonders energig in der Befestigung von Missetänden vorgehen.

Dem Bundesrat ist die Befugnis eingeräumt, Sachausschüsse zu errichten. Sie sollen bekanntlich den Ertrag der von der Regierung bekämpften Lohnämter bilden. Wie weit der Bundesrat Sachausschüsse errichten will, steht bei ihm. Es wird wesentlich von der Haltung des neuen Reichstages abhängen, ob der Bundesrat auf diesem Wege energig vorwärts schreiten wird. Soweit Sachausschüsse errichtet werden, liegt die Erstattung von Gutachten über die Ausführung des Hausarbeitgesetzes, über die Auslegung von Verträgen und über die tatsächliche Verkehrsliste zwischen Gewerbetreibenden und Hausarbeitern im Bereich ihrer Aufgaben. Sie haben

weiter auf Ersuchen von Staats- und Gemeindeführern bei Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuwirken und Wünsche und Anträge, die sich auf diese Verhältnisse beziehen, zu beraten. Weiter sollen sie Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der Wohlfahrt der Heimarbeiter zum Zwecke haben, anregen, auf Ersuchen von Behörden des Staats und der Gemeinden durch Vernehmung von Auskunftspersonen die Höhe des von den Heimarbeitern tatsächlich erzielten Arbeitsverdienstes ermitteln, dessen Angemessenheit begutachten und Vorschläge für die Vereinbarung angemessener Löhne machen.

Die Sachausschüsse bestehen aus dem Vorsitzenden, zwei Beisitzern und Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Vorsitzender und Beisitzer, sowie die Hälfte der Vertreter aus jeder Gruppe werden von der Landeszentralbehörde ernannt. Die andere Hälfte der Vertreter aus jeder Gruppe wird von den ernannten Vertretern gewählt. Die Heimarbeiter selbst haben gar kein Wahlrecht.

Der Schluß des Gesetzes enthält die Androhung geringfügiger Strafen für Übertretungen.

Wiel nützen wird dieses unvollkommene Gesetz den Heimarbeitern nicht. Für den Schutz der Heimarbeiter ist die größte Arbeit noch zu tun.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Postetat.

Der Reichstag hat wirklich das Penjam erlebigt, das ihm von seinem Senorenkonto gestellt war: er hat vor Ostern die Beratung des Postetats und des Etats der Reichsdruckerei zu Ende geführt. So kann er mit gutem Gewissen in die Osterferien gehen, aus denen er in vierzehn Tagen zu dem großen Geschäft der Wehrvorlagen zurückkehren wird.

Der letzte Arbeitstag brachte noch manche Aufregung und heftige Zusammenstöße mit der Regierung, deren Postsekretär allerdings eine geradezu provozierende Gleichgültigkeit wie mit Absicht zur Schau trägt. In seinem suffizanten Auftreten bringt er gewissermaßen zum Ausdruck, daß die Postverwaltung eine Herrschaft willkürlichen Absolutismus führt und daß es nur wohlwollende Herablassung ist, wenn sie überhaupt dem Parlament Rede und Antwort steht.

Gerade diese Frage beherrschte den ersten Teil der Sitzung, nachdem das Etatnotgesetz und der bulgarische Handelsvertrag in dritter Lesung erledigt und eine Reihe Resolutionen angenommen waren. Beim Titel Oberpostdirektoren machte zuerst Genosse Runert auf eine ganz ungehörige Einmischung der Postbehörde in Halle in politische Angelegenheiten aufmerksam. Nach einer ebenso harmlosen wie pazigen Antwort des Unterstaatssekretärs Granzow trug Gen. Dr. Weill, unser Vertreter für Metz, noch einen anderen viel krasserem Fall behördlicher Wahlbeeinflussung in Metz eindringlich und wirksam vor. Man konnte erwarten, daß der Staatssekretär darin kein Unrecht sah. Das bestätigte er zuerst in einigen allgemeinen Redewendungen, und auf eine präzise Frage des Fortschrittlers Dr. Struve betonte er besonders das gute Recht der amtlichen Wahlbeeinflussung. Das mußte den Genossen Ledebour veranlassen, in scharfen Worten dem Minister an seine Pflicht zu erinnern und an die rechtlichen und Anstandsgrenzen, die seinem Tätigkeitsdrang gezogen sein müssen. Und trotz der Empfindlichkeit des national-liberalen Vizepräsidenten mahnte er den Staatssekretär auch an seine eidllich eingegangenen Verpflichtungen.

In der weiteren Spezialdebatte, die eine große Ausdehnung annahm, behandelte Genosse Schert die sehr unzureichende und ungünstige Stellung der Postboten und Unterbeamten in wirksamen Worten, und bei einem späteren Titel die wenig beneidenswerten Verhältnisse der Post- und Telegraphenarbeiter, die er mit bestimmten Beispielen kennzeichnete. Auf diese Kritik, der sogar die Herren Scler und Behrens immerhin beifolgende Versicherung, daß die Lage der Arbeiter dauernd besser geworden sei. Der Fortschrittler Dr. Struve ließ sich dadurch allerdings nicht überzeugen.

Eine sehr ausgedehnte und teilweise heftige Debatte entstand über die Ostmarkenzulagen, die im national-liberalen Abgeordneten Schlee einen begeisterten Verteidiger fanden. Auf diese etwas wortreiche Darlegung antwortete Genosse Wedel mit der Ausführung bestimmter geschichtlicher Tatsachen. Einige etwas scherzhafte Wendungen erregte die Entrüstung der Rechten und namentlich des Herrn Schulz, dem Graf Westarp beiprang, vornehmlich um das Zentrum zu ermahnen, bei der dritten Lesung bewilligungsfreudiger zu sein. Das lehnte der Ab-

geordnete Dr. Spahn einstweilen wenigstens ab, nachdem noch der Pole Sebda gegen die Korruptionsprämie polemisiert hatte. Nach einer letzten Entgegnung des Genossen Ledebour auf die hakatistischen Anfälle des Herrn Schulz wurden in namentlicher Abstimmung die Ostmarkenzulagen mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Einnahmen des Postetats gaben unserem Genossen Ulrich noch Veranlassung, über die ungünstigen Verhältnisse von Offenbach energische Beschwerde zu führen. Damit war der Postetat erledigt.

Den Etat der Reichsdruckerei wollten die Gewerkschafts-Christen Becker-Arnberg und Behrens zu einer Hege gegen den Buchdruckerverband mißbrauchen. Sogar der Leiter der Reichsdruckerei mußte diese Herren verleugnen, denen unsere Genossen Hildenbrand und Arthur Hofmann noch gehörig heimleuchteten.

Den Abschluß der Sitzung bildete ein äußerst heftiger Angriff des Abgeordneten Dr. Struve gegen eine allerdings bössartige Insinuation der „Deutschen Tageszeitung“, die sogar so perfid war, daß der Abgeordnete Dr. Dertel sie preisgeben mußte, fast ohne einen Versuch, sie durch mildernde Umstände zu decken. Der Sukkurs, den die Abgeordneten Graf Westarp und andere ihm in dieser schwierigen Lage liehen, konnte den agrarischen Führer nicht aus der Verlegenheit retten. Die Herren Hoff und Dr. Struve, sowie Genosse Stadthagen stellten besonders fest, daß Herr Dr. Dertel nicht einmal den Einfall gehabt habe, die schlimme Entgeißelung seines Blattes zu bedauern. Der Präsident verlagte um 7 Uhr und wünschte vergnügte Ferien.

### Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion sendet an die Familie des verstorbenen Abgeordneten Albert Traeger ein Beileidschreiben und wird sich bei der Beerdigung durch eine Deputation vertreten lassen. — In die Wohnungskommission wurden gewählt: Dr. Erdmann, Büchner, Wurm, Haupt, Vogtherr, Göhre, Hofrichter. Zu Fraktionsrednern werden bestimmt für die Wehrvorlagen: Haase und Dr. Gradnauer; für die Deckungsvorlagen Dr. Südekum und Wurm; als eventuelle dritte Redner: Seyer und Dittmann. Militärstat: Stücken und Schöpflin, eventuell noch Keil und Schulz. Marine: Vogtherr und Bernstein. Reichskanzler und Auswärtiges Amt: Scheidemann, Dr. Lensch, Dr. David, Ledebour. Reichseisenbahnen: Fuchs, Dr. Weill und Petrotos. Reichseisenbahnamt: Reißhaus, Ulrich und Bloß. Allgemeine Finanzverwaltung: Dr. Südekum und Stolle. Zum Berichterstatter der Fraktion an den Parteitag in Chemnitz wurde Genosse Stadthagen gewählt.

### Das Schicksal der Wehrvorlagen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ reunit offene Türen ein mit ihrer Versicherung, daß die Wehrvorlagen nicht auf den Herbst verschoben werden sollen. Wie wir erfahren, werden die Vorlagen den Mitgliedern des Reichstags am Freitag, dem 12. April, zugehen. Die erste Lesung soll frühestens Freitag, den 19. April, vermutlich aber erst am Montag, dem 22. April, beginnen. Die Regierung will versuchen, die bürgerlichen Parteien zu bestimmen, die Verweisung der Militär- und Marineforderungen an eine Kommission abzulehnen und nur die Deckungsfrage der Budgetkommission zu überweisen. Auf diese Art glaubt man, den Reichstag in der Woche vor Pfingsten schließen zu können.

### Wann kommt die Strafprozessreform?

Das Reichsjustizamt ist nach vorliegenden Blättermeldungen in Übereinstimmung mit den Anschauungen der Sachverständigen zu dem Beschluß gekommen, die Erledigung der Strafprozessreform erst nach der Strafrechtsreform wieder aufzunehmen und sie darum bis zur Erledigung der Strafrechtsreform zurückzustellen. Da die Strafrechtsreform voraussichtlich erst 1916 an den Reichstag gelangen wird, so wird die Strafprozessreform diesen Reichstag nicht mehr beschäftigen.

### Odenburgs Neue.

In einer Versammlung des Bundes der Landwirte im Reichstagswahlkreis des national-liberalen Abgeordneten Sieg, Graudeniz-Strasburg, führte Herr v. Odenburg aus:

„Leider haben wir durch die Wahl des Abgeordneten Sieg — weil wir sein Verhalten bei der Präsidentenwahl wohl nicht für möglich gehalten haben — den gewerkschaftlichen Block gestärkt. Das soll uns aber nicht wieder passieren. Als Bundesvorsitzender erkläre ich, daß wir bei den Wahlen in Zukunft keine Rücksicht auf die anderen Parteien nehmen, sondern daß wir unsere eigenen Kandidaten aufstellen werden.“



Sieg ist mit 15433 gegen 13084 polnische Stimmen gewählt. Heute tut es dem deutschen Mann aus Sanuscha schon wieder leid, daß nicht der Pole gewählt worden ist!

#### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Am Donnerstag wurde die Debatte über die Frankfurter Universität zu Ende geführt. Genosse Liebknecht betonte, daß der Landtag berechtigt sei, die Erziehung von Universitäten zu beschließen und daß der Krone keineswegs das ausschließliche Recht darauf zusteht. Indessen müsse man sich bei der Beschaffenheit dieses Landtags wirklich fragen, ob nicht von der Krone eher noch eine erträglichere Entscheidung zu erwarten sei, als vom Landtag. Unter Redner be sprach dann die Grinde, aus denen unsere Genossen im Frankfurter Rathaus die Gründung der Universität abgelehnt haben, nämlich die Auslieferung der wissenschaftlichen Institute, die die Universität bilden sollen, an den preussischen Unterrichtsabsolutismus. Das Ergebnis der Debatte war die Annahme des nationalliberalen Antrags, der verlangt, daß die Regierung ihre Zustimmung nur geben soll, wenn die Universität vollkommen dem Typus der Staatsuniversitäten entspreche und freie Forschung und Lehre garantiert sei.

Obgleich der Minister erklärt hatte, daß die Abmachungen mit den Frankfurter Geldgebern dem Landtage nicht vorgelegt werden, wurde doch auch der dahingehende Teil des Antrages angenommen. In der Generaldiskussion über die Universitäten wurde unserem Genossen Liebknecht das Wort abgehört; er nahm aber bei den Einzellets der Universitäten Berlin und Halle Gelegenheit, in schärfster Weise den Polizeikurs auf den Universitäten, wie er sich in dem Fall des russischen Studenten Dubrowsky in Berlin und in der Verfolgung der freistudentischen Bewegung auf den preussischen Universitäten zeige, zu brandmarken. Bemerkenswert ist noch ein Antrag des Fortschrittlers Eichhoff auf Errichtung von Lehrstühlen für soziale Medizin, damit die künftigen Ärzte und Juristen mit der Arbeiterversicherungsgebung bekannt gemacht werden. Der Antrag ging an die Unterrichtscommission. — Das Haus trat seine Osterferien an, und wird am 16. April wieder zusammentreten.

#### Die Steuerungs-Misernte.

Die Steuerungs im vorigen Jahre wurde bekanntlich allgemein auf eine Missernte zurückgeführt. Wie wenig die Ernte der Grund zur Steuerungs war, zeigt die jetzt veröffentlichte Erntestatistik über das Jahr 1911. Nach der amtlichen Statistik des Deutschen Reiches hat das Jahr 1911 gegenüber dem Vorjahre sogar eine Mehrernte an Brotgetreide von 574 610 Tonnen oder + 3,9 v. H. gebracht. Sommergerste und Hafer ergaben zusammengelegt einen Mehrertrag von 60 702 Tonnen oder + 0,6 v. H. Nur Klee-, Luzerne- und Wiesheu ergab einen Minderertrag von 13 714 381 Tonnen oder - 32,8 v. H.; die Minderernte an gelunden Kurtoffen hebrug 6 049 478 Tonnen oder - 15,1 v. H. — In dieser Statistik kann man den Wert des Geldreises ermessen, das die Agrarier über die angebliche Missernte erhoben, nur um höhere Preise zu erzielen.

#### Bethmanns Erbschaftsteuer-Legende

wird von einem Bundesstaat nach dem anderen zerstört. In anhaltischen Landtag gab jetzt auch der Staatsminister Laue eine Erklärung zur Erbschaftsteuerfrage ab, die sich den Erklärungen der sächsischen und württembergischen Regierung anschließt:

Anhalt habe 1909 für die Erbschaftsteuer von Ehegatten und Deszendenten gestimmt. Wenn die damalige Vorlage jetzt wieder im Reichstage eingebracht würde, stime die anhaltische Regierung abermals dafür. Nach der vertraulichen Aussprache zwischen der Reichsleitung und den bundesstaatlichen Ministern am 14. März werde jedoch aus allgemeinen politischen Gründen angesichts der gegenwärtigen Zusammenlegung des Reichstags davon abgesehen werden, die Erbschaftsteuer wieder einzubringen. Die Aufhebung der Liebesgabe sei von dem Vertreter der norddeutschen Regierung (Preußen) bei jener Beisprechung angeregt worden. Eine bestimmte Stellungnahme zu jener Anregung sei nicht erfolgt. Jetzt sei dem Minister der zugesagte Entwurf zugegangen. Die Staatsregierung werde, da die Frage der Aufhebung der Liebesgaben für Anhalt von größter Bedeutung sei, in eine genaue und sorgfältige Prüfung eintreten.

#### Wahlreform in Schwarzburg-Sondershausen.

In der letzten Landtagsitzung wurde eine Änderung des Landtagswahlrechts mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Die Änderung bringt für die Landtagswahlen anstatt der bisherigen öffentlichen Wahl die geheime Wahl. Die Wahlmänner zu den sechs allgemeinen Wahlen und ebenso auch die Abgeordneten werden künftig durch Stimmzettel gewählt. Sechs Abgeordnete werden nach wie vor von dem regierenden Fürsten ernannt und sechs von den Höchstbesteuerten gewählt. Das Wahlalter ist vom 21. auf das 25. Lebensjahr erhöht worden.

#### Dreiklassen-Scherze.

Das Dreiklassen-Wahlrecht gestattet es den Reaktionsären, sich bei einer unter diesem „Wahlrecht“ stattfindenden Wahl auch einmal einen Scherz zu leisten. So standen sich in dem Wahlkreis Kirchhain-Frankenberg als alleinige Kandidaten für den preussischen Landtag zwei Freikonservative gegenüber — ein Konstituierender und ein Kreisamtspräsident. Gewählt wurde ersterer mit 89 Stimmen, sein Gegner erhielt 81 Stimmen. Und diese Komödie bezeichnet man in Preußen als eine Wahl!

#### Aus dem bayerischen Landtage.

In den letzten Sitzungen verloren sich die Debatten über die allgemeine Politik in parteipolemischen Erinnerungen an den Wahlkampf. Mittwoch sprach Gen. Adolf Müller. Er verlangte vom neuen Ministerpräsidenten nähere Aufklärung über die unklaren Allgemeinheiten seiner Programmsätze und verurteilte den Beschluß des Zentrums, daß ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion im Präsidium nicht vertreten sein darf. Ein solches Beispiel prinzipieller Beseitigung der parlamentarischen

Gleichberechtigung sei unerhört und bisher in Bayern unüblich. — Aus der schwarzen Wahlmaske erwähnte unter Redner die Agitation mit der Nachtanzlerin. Einer der dadurch aufgeregten Wähler hätte dem Redner folgenden Brief geschrieben:

„Ihr Saufozi! Den König fortjagen und mit nacketen Menschen Anzucht treiben, das könnt Ihr, sonst nichts!“

Die Redner fügte diesem Briefe eines Zentrumswählers hinzu, daß die Sozialdemokraten in der Regel an solchen Belustigungen nicht teilnehmen, namentlich an solchen Belustigungen nicht, wie sie sich zum Beispiel jüngere und ältere Vertreter des feudalen Adels und Industriekapitals gegen 100 Mk. Gesellschaftsgebühr in einer oder der anderen Stadt mitunter gönnen, ohne daß die sonst altmännliche Polizei des Freiherrn v. Soden etwas davon weiß. Genosse Müller verlangte weiter Aufklärung über den Wechsel des Ministeriums, verurteilte die Nichtbestätigung sozialdemokratischer Bürgermeister und die Bekämpfung der Sozialdemokratie überhaupt. Redner verlangte unbedingte Gleichberechtigung der Sozialdemokratie mit anderen Parteien und soziale Reformen. Sollte die Verfassung keinen Raum für eine im Volke und in der Entwicklung wurzelnde Partei haben, so müsse in der Verfassung mehr Raum geschaffen werden. Am Schluß der Sitzung gab es auch am Mittwoch, wie jetzt regelmäßig, eine heftige geschäftsordnungsmäßige Auseinandersetzung zwischen den Liberalen und dem Zentrumspräsidenten wegen seiner parteilichen Geschäftsführung.

#### Der Unfall des elsass-lothringischen Zentrums.

Nachdem die Budgetkommission des elsass-lothringischen Landtags beschlossen hatte, den Gnadenfonds des Kaisers in Höhe von 100 000 Mk. zu streichen, stellte sich die gesamte klerikale Presse auf diesen Kommissionsstandpunkt. Am Mittwoch verhandelte der Staatssekretär Jörn v. Bulach längere Zeit mit Mitgliedern des Zentrums, um sie zu einer andern Stellungnahme zu bewegen. Das Resultat dieser Verhandlung war, daß am Donnerstag bei der zweiten Lesung die Mehrheit der Zentrumsabgeordneten umfiel, obwohl die Regierung das geforderte parlamentarische Kontrollrecht nicht zugestanden hatte. Das Zentrum hatte seinen Mitgliedern das Stimmrecht freigegeben, worauf der größte Teil der Zentrumsabgeordneten mit den Liberalen stimmte.

### Der russische Klerikalismus am Pranger.

Noch nie hat die russische orthodoxe Kirche einen solchen Einfluß auf die Staatsgewalt ausgeübt und zugleich noch nie hat sie einen solchen moralischen Tiefstand, einen solchen Grad der Versegung und Korruption erreicht, wie unter der „glorreichen“ Regierung Nikolaus II. Stets ein Instrument der Volksunterdrückung und Volksverdummung, hat sich die russische Geistlichkeit in den Jahren der Gegenrevolution als die wichtigste Bundesgenossin der junkerlichen Reaktion gezeigt, als deren Sachwalterin sie sich an die Spitze der „schwarzen Hundertschaften“, der Bogromorganisationen der Regierung stellte, das Volk durch eine unerhörte Hege fanatisierte und alle Schenßlichkeiten des Götzenregimes sanktionierte. Mit derselben Bereitwilligkeit, mit der sie die unschuldigen Opfer der Zarenregierung an den Galgen geleitete, segnete sie die Banner der „echtrussischen“ Bogromorganisationen, verbündete sie sich offen mit der Polizei und den Gendarmen, stürzte sie sich bei den Dumawahlen in die Agitation zugunsten der Regierungsparteien, und trat sie in der Duma des Reichs als die tatkräftigste Befürworterin der volksfeindlichen, chauvinistischen Politik der russischen Regierung auf. Die vereinzelt auftretenden Männer unter der Geistlichkeit wurden ihres Amtes entsetzt oder verbannt, und die Herrschaft über die orthodoxe Kirche geriet immer mehr in die Hände rückwärtsgerichteter Streber, die im Priestertrock die Funktionen der geistlichen Polizei der Regierung ausübten. Der Lohn für diese Substanz der russischen Geistlichkeit blieb natürlich nicht aus. Die Regierung im Verein mit der dritten Duma bewilligte für das geistliche Ressort jährlich immer größere Kredite und verstärkte seinen Einfluß auf die gesamte Verwaltung. Der Etat des geistlichen Ressorts beläuft sich gegenwärtig auf 48 Millionen Rubel; der Besitz der Kirchen und Klöster, der bereits in den 90er Jahren nach amtlichen Angaben einen Wert von 116 Millionen Rubel repräsentiert hat, steigt infolge reicher Zuwendungen mit jedem Jahre; der Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule, die Presse, die innere Verwaltung wird von der Zentralregierung auf jede Weise verstärkt. Andererseits zeigt es sich allerdings, daß die breiten Schichten der Bevölkerung sich infolge dieser Evolution der Geistlichkeit immer mehr von der orthodoxen Kirche abwenden, zu verschiedenen Sekten übergehen und die offiziellen Vertreter des Christentums auf dieselbe Stufe stellen wie die besoldeten Agenten des Staates — die Verwaltungsbeamten, die Polizisten, die Lockspiegel der Regierung. Eine tiefe Irreligiosität, verbunden mit einem heiligen Abscheu vor den Vertretern der Staatskirche, bringt in das Volk ein, das jetzt erst seiner geistigen Emanzipation entgegengeht. Die Früchte dieser kirchenfeindlichen Bewegung bürten sich schon bald zeigen, vorläufig aber beherrscht der kriegerische Klerikalismus das Feld, der, vielleicht in Voraussicht der nahenden Kämpfe, das zerstückelte Mäntelchen des offiziellen Christentums selbst von sich wirft, im Bunde mit den brutalsten Gewalttätigen des Polizeistaates gegen die „Zweifel“ und „Ungläubigen“ ins Feld zieht und im übrigen nur das eine Ziel verfolgt — den geistigen Aufstieg des Volkes durch eine wütende Rassenhege, durch das Aufsteigen der niedrigsten Instinkte der rückständigen Elemente des Volkes niederzuhalten.

Das hier geschilderte Bild wäre unvollständig, würde nicht noch das wüste Bahanal in Betracht gezogen werden, das seit einigen Jahren, unter der Mitwirkung einzelner Geistlicher und „Wunderkuren“ am Zarenhofe stattfindet. Zar Nikolaus II. hat stets verschiedene „Abenteurer“, „Propheeten“, „Wahrer“ zu sich herangezogen und sie zu seinen „Günstlingen“ gemacht. Dieser Hang zum Mystischen paart sich bei ihm mit einem

krankhaften Streben nach geistlichen „Offenbarungen“, um so kam es denn, daß die widerlichsten Elemente der Geistlichkeit, Streber, Abenteurer, Betrüger sich an den Zaren heranbrängten. Man braucht nur die Namen Illiodor und Kasputin zu nennen, um eine Vorstellung von diesem Treiben zu gewinnen, das in der letzten Zeit einen krankhaft-pathologischen Anstrich angenommen hat. Dieses Bahanal hat namentlich unter dem „Wundermönch“ Kasputin einen solchen Charakter angenommen, daß streng monarchisch gestimmte Kreise gegen den „holsteinischen Degeneranten“ — wie ein echtrussischer Abgeordneter den Zaren genannt hat — zu revolutionären beginnen. Kasputin, ein ungebildeter Bauer aus einem sibirischen Gouvernement, ist der erklärte Liebling der Kaiserin und der Günstling des Zaren, auf den er einen fast unbegrenzten Einfluß ausübt. Nebenbei veranstaltet er unter der Mitwirkung der Damen aus den höchsten Kreisen die wahnsinnigsten Orgien und nimmt mit der Kaiserin und anderen hysterischen Weibern an der Hofgesellschaft „Wunderkuren“ vor, die ob ihres offensichtlichen Erfolges den Glauben des schwachmünnigen Zaren an die „Heiligkeit“ Kasputins noch mehr gefestigt haben. Bei der halb-orientalischen Despotie, die trotz allen europäischen Flickwerks im Staatswesen die Grundlage der russischen „Verfassung“ bildet, ist es begreiflich, daß der Abenteurer Kasputin die einflussreichste Person im Staate geworden ist und die Minister wie Schulbuben abkanzelt. Stolypin brachte ihm Huldigungen dar, und Kokomzew wagt es nicht, seinen Befehlen entgegen zu handeln. Alle diese Tatsachen sind dem ganzen Lande bekannt und haben, wie der Oktobristenführer Gutschkow sich in diesen Tagen anlässlich der Kasputin-Interpellation in der Duma ausdrückte, im Verlaufe weniger Jahre das Volk gebracht, was weder die revolutionäre, noch die kirchenfeindliche Propaganda auszurichten vermochte. Diese Günstlingswirtschaft, die an die schlimmsten Zeiten des 18. Jahrhunderts mit ihren Birons, Potemkins usw. erinnert, ist es, die jetzt die regierungstreuen Parteien gegen Kasputin, mit anderen Worten gegen den Zarenhof mobil gemacht haben. Es ist die Furcht vor dem mächtigen Abenteurer, die Unsicherheit der eigenen Existenz vor den Wahnsinnsausbrüchen des Zaren und den Intrigen höflicher Kliquen, die sogar die lammstohen Oktobristen veranlaßt hat, ihre Interpellation wegen der Kasputin-Affäre einzubringen. Sie würden nichts dagegen einzuwenden haben, daß in Jaroskoje Selo Orgien gefeiert werden; sie würden sich auch damit abfinden, daß die blaublütigen Adelsgeschlechter durch die „Wunderkuren“ Kasputins mit Plebejerblut „infiziert“ würden; aber sie sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Zarengünstlinge auch den privilegierten Besitzenden Gesellschaftsklassen gegenüber dieselben Regierungsmethoden zur Anwendung bringen, die lediglich den Arbeitern, den Bauern und den „Fremdstämmigen“ gegenüber als eine „staatliche Notwendigkeit“ erscheinen. Und endlich fürchten sie, daß solche Affären, wie die Illiodor- oder Kasputin-Affäre, die Monarchie und die Kirche vor dem Volke in einer Weise kompromittieren könnten, die diesen, für die zahlungsähige Bourgeoisie so notwendigen Institutionen, einen guten Teil ihrer Festigkeit rauben würden. Die jetzt aufgebrochene Eiterblase, die den Czarschauer Klosterkandal wirkungsvoll ergänzt, zeigt zur Evidenz, wie schwankend und hohl das Gebäude ist, das die Dreieinigkeit der Konterrevolution, Absolutismus, Kirche und Kapital, auf dem blutenden Rücken der Völkerschaften Rußlands aufgerichtet hat.

### Von den Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe.

Der Vermittlungsvorschlag, den der Vorsitzende Dr. Hiller bei den Verhandlungen am Mittwoch machte, hat folgenden Wortlaut:

Die Parteien einigen sich dahin:

1. Die Arbeitgeber halten ihr Angebot aufrecht, daß durch die einzelnen Tarife eine mindestens fünfprozentige Lohnerhöhung der Grundlöhne gewährt wird. Die vor und während der Frankfurter Schlichtungsverhandlungen vom Februar geeinigten Orte scheiden aus.
2. Die Arbeitgeber sichern zu, daß sie den Wünschen der Arbeiter auf Beseitigung der Unebenheiten, Fehler und behaupteten Lohnverschlechterungen in den von dem letzten Arbeitgeberangebot betroffenen Tarifen Rechnung tragen wollen.
3. Die Entscheidung der Frage, ob das in Ziffer 1 erwähnte Mindestmaß von 5 Proz. Lohnerhöhung im neuen Tarif enthalten ist oder nicht, wird einem Kollegium von Unparteiischen übertragen, vor welchem die örtlichen Vertreter im Beistand ihrer Organisationsvertreter ihren Standpunkt zur Geltung bringen.
4. Das Kollegium entscheidet auch über die zu Punkt 2 entstandenen Streitfragen.
5. Die Parteien unterwerfen sich von vornherein dem Spruch des Kollegiums, zu welchem jede Partei neben Dr. Hiller einen weiteren Unparteiischen in Vorschlag bringt.
6. Streik und Aussperrung nehmen mit dem 31. März 1912 ihr Ende. Gegenseitige Maßregelungen sind ausgeschlossen. Die Arbeiter kehren auf ihre Plätze zurück.
7. Für den Beginn der Verhandlungen wird Montag, der 1. April und als Verhandlungsort Jena in Aussicht genommen.

Hierauf gab der Vertreter des Schneiderverbandes folgende Erklärung ab:

Zu dem Einigungsvorschlag des Dr. Hiller haben die Vertreter der Hilfsgewerkschaften folgendes zu erklären: Nachdem der Vorstand des A. D. A. B. es abgelehnt hat, in örtliche Verhandlungen über die noch nicht geeinigten Tarife einzutreten, sehen wir in dem uns vorliegenden Vorschlag keine Möglichkeit, unseren Mitgliedern gerecht zu werden. Gegenüber dem Ultimatum des A. D. A. B. vom 26. Februar enthält dieser Vorschlag nur für jene Orte Verbesserungen, welchen damals auf die Grundlöhne keine 5 Proz. gewährt wurden. Dagegen sind in allen Städten, denen im Ultimatum bereits 5 Proz. geboten wurden, keine weiteren Lohnerhöhungen mehr zugesichert. Daran können



weder die zugezogenen Arbeitervertreter, noch das Kollegium der drei Unparteiischen etwas ändern. Der Gesamthalt des Vorschlags ergibt ohne weiteres, daß die Arbeitgeber garricht gewillt sind, die am 26. Februar abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen und die Tarife wie in früheren Jahren zu beraten, sondern daß sie nur die Zusage geben, den Wünschen der Arbeitnehmer auf Beseitigung von Unebenheiten, Fehlern und behaupteten Lohnverrückungen Rechnung zu tragen. Damit sind wir aber nicht imstande, unsere Mitglieder befriedigen zu können. Dagegen sind wir nach wie vor überzeugt, daß die Freigabe örtlicher Tarifverhandlungen zwischen den Parteien in einigen Tagen zu einer Einigung führen werden, die eventuell auch unter der Leitung eines unparteiischen Kollegiums gepflogen werden können.

Die Arbeitervertreter spezifizierten darauf ihren Vorschlag folgendermaßen: Die Mindestlohnzulage beträgt 5 Prozent. Über die Orte, für die mehr als 5 Prozent gefordert werden, sollen besondere Verhandlungen zwischen den Hauptvorständen und Dr. Hiller stattfinden. Wenn die Einigung über diese Zuschläge zustande gekommen ist, kann die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Einzelberatung über die Akkordtarife geschieht dann zwischen den örtlichen Organisationen unter dem Vorsitz eines Dreimännerkollegiums (Vorsitzender und zwei Unparteiische). Die Verhandlungen gehen weiter.

Eine heute morgen eingetroffene Wolff-Meldung, für deren Richtigkeit wir uns allerdings nicht verbürgen können, besagt: Der Friede im Schneidgerwerbe ist endgültig gesichert. Nach dreitägigen Verhandlungen vor dem Magistratsyndikus Dr. Müller-Frankfurt wurde eine Einigung erreicht. Der letzte Ertragsvorschlag des Leiters der Verhandlungen wurde von den Arbeitgebern angenommen und die Arbeitnehmer verpflichteten sich einstimmig, diesen Vorschlag der in den nächsten Tagen stattfindenden Versammlung der Arbeitnehmer dringend zur Annahme zu empfehlen. Der Einigungsvorschlag sichert den Arbeitern eine fünfprozentige Erhöhung der Grundlöhne zu und überträgt die Entscheidung über weitergehende Forderungen der Arbeiter einem noch von zwei weiteren Unparteiischen zu bildenden Schiedsgericht, das ab 2. April in Sena tagen wird. Am gleichen Tage soll die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 29. März.  
**Achtung Fabrikarbeiter!** Die Arbeiter der Chemischen Fabrik Ahrensbröt (Zug. Dr. G. Christ) befinden sich in Lohn Differenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen nach dem Stanz- und Emailwerk von Karl Thiel und Söhne ist streng fernzuhalten.**

Die Lübecker Bürgerschaft hatte sich in ihrer gestrigen nicht sehr stark besetzten Versammlung mit mehreren sehr wichtigen Senatsvorlagen zu beschäftigen. Zunächst handelte es sich um die Gewährung von 700000 Mk. als Darlehen an eine Aktien-Gesellschaft, die beabsichtigt, auf einem Acker vom Staat sehr billig zur Verfügung gestellten Grundstücken eine große Kühlhausanlage zu errichten. Die Beratung über diesen Antrag wurde verbunden mit der Diskussion über die Bewilligung von 289200 Mk. zur Erweiterung des Schlachthofes und 133000 Mk. zur Erweiterung der Quarantäneanstalt. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklärte sich Genosse Dr. Schlömer dagegen, daß einer privaten Gewerkschaft ein so großes Darlehen aus Staatsmitteln und obendrein noch der Grund und Boden so außerordentlich wohlfeil überlassen werden soll. Die Gesellschaft erwartet eine Dividende von 10 Proz.; sie will dem Staat aber nur 4 Proz. Zinsen für das Darlehen zahlen. Wenn die Kühlhausanlage wirklich ein so gutes Geschäft ist, wie deren Gründer behaupten, so wäre es doch viel richtiger, wenn der Staat das Projekt selbst ausführen würde, zumal doch tüchtige Kaufleute in den Behörden säßen, die einen solchen Betrieb wohl leiten könnten. Mit der Erweiterung des Schlachthofes sowie der Quarantäneanstalt sind wir einverstanden. Die Mehrzahl der erstklassigen Redner stellte sich jedoch auf einen andern Standpunkt. Herr Thiel trat bei dieser Gelegenheit für die Schaffung einer besseren Verbindung zwischen St. Lorenz-Nord mit der inneren Stadt ein. Von Heinsohn jr. wurde die Regelung der Arbeiten an hiesige Gewerbebetriebe gewünscht. Schließlich gelangten alle drei Vorlagen, die vom Senat nachdrücklich verteidigt wurden, zur Annahme. Daß an dem Kühlhausprojekt eine Reihe von Bürgerschaftsmitgliedern persönlich stark interessiert sind, sei nebenbei bemerkt.

Die Zustimmung der Bürgerschaft erhielten auch die Senatsvorlagen, welche den zweigleisigen Ausbau der Straßenbahn nach Israelsdorf (Kostenpunkt 25000 Mk.) sowie den Bau einer Straßenbahn von Israelsdorf nach Kücknis (309000 Mk.) betreffen. Trotz erheblicher Bedenken stimmte auch unsere Fraktion für diese Projekte, die zwar im Interesse des Verkehrs liegen, aber vorderhand alljährlich noch mancherlei Anforderungen an den Staatsfiskus stellen werden. Genosse Stelling wünschte die Arbeiterwagen fahrplanmäßig geregelt und trat für Verlängerung der Kronsforder-Allee-Bahn bis zur ehemaligen Eisenbahnkreuzung ein, die namentlich von den Arbeitern und Beamten der Betriebswerkstatt der Lübeck-Büchener Eisenbahn verlangt wird. Ein entsprechender Antrag fand Annahme.

Die weiteren verabschiedeten Senatsvorlagen waren von geringerer finanzieller Tragweite. Bei dem Senatsantrag auf unentgeltliche Überweisung eines 16,2 Hektar großen Geländes an den Lübecker Verein für Luftfahrt als Landungsplatz für Flugzeuge, sowie Bewilligung von 2800 Mk. für den Pflanzung und Einfriedigung, betonte Genosse Schö-

wigt, daß diejenigen reichen Leute, die aus nationalen Gründen den Flugplatz fordern, in die eigene Tasche greifen und die Mittel dafür selbst aufbringen möchten. Unser Staat gibt für Sportzwecke — hier handelt es sich um den Flugplatz — doch schon außerordentlich viel aus. Die Entwicklung der Flugtechnik als solche findet selbstverständlich auch das lebhafteste Interesse der Sozialdemokratie.

Um 10¼ Uhr waren die Bürgerschaftsverhandlungen beendet.

**Mehr Schutz den Bauarbeitern auf Staatsbauten.** Kann man ausrufen, wenn man die Beschaffenheit des Gebäudes auf dem Krankenhaus, Bau Wegener, sieht. Die Senatsverordnung für Bauarbeiterfuß besagt, daß beim Arbeiten auf einem Aufhengerüst doppelter Gerüstbelag vorhanden sein muß; dies ist hier aber nicht der Fall. Des Weiteren ist bei circa 35 Leuten nur ein Abort vorhanden. Bei der Beratung der Senatsvorlage in der Bürgerschaft wurde von der Baubehörde erklärt: der angestellte Baukontrolleur hätte nur die Privatbauten zu überwachen, die Staatsbauten würden von ihren eigenen Beamten beaufsichtigt. Wo dieses hin führt, sehen wir jetzt, da unter den vorliegenden Augen der Behörde gegen die Verordnungen verstoßen wird. Deshalb fordern wir immer und immer wieder die Ausdehnung der Kontrolle auch auf Staatsbauten. Mögen für jetzt diese Reizen dazu beitragen, daß die Mißstände sofort abgeholfen werden.

**Baumrevol wird bestraft.** Das Polizeiamt erklärt in der heutigen Nummer eine Bekanntmachung, wonach das Abbrechen und Abreißen von Zweigen in den Forsten und Anlagen sowie an öffentlichen Wegen verboten ist und auf Grund des Feld- und Forstpolizeigesetzes künftig bestraft werden wird. Wie wir hören, werden sowohl hier wie auch anderwärts Klagen darüber laut, daß sowohl Kinder als auch Erwachsene vom Spaziergang heimkehrend ganze Bündel Zweige mit nach Hause schleppen. Im Frühjahr hat man es ganz besonders auf die Weiden abgesehen, an denen häufig in geradezu unverantwortlicher Weise die Zweige mit den sogenannten Weidenkäthen abgerissen und die Sträucher vernichtet werden. Welche Folgen diese Unsitte, abgesehen von der Verwüstung und Beschädigung der Wälder und Sträucher, aber auch sonst noch im Gefolge hat, daran denken die Zerstörer nicht. Die Weide liefert den Bienen die erste Nahrung zugleich auch für die junge Brut, was in allererster Linie von Wert ist. Auch der Hummel, die der Landwirtschaft überaus wertvolle Dienste leistet, wird durch die Zerstörung der Weidensträucher ihre wertvollste Nahrung entzogen. Mithin geht man jetzt gegen die Weidenräuber vor, namentlich auch gegen die gewerksmäßigen, die ganze Kinderwagen und Schiebkarren voll nach Hause schleppen, um sie zu verkaufen. Aber auch Eltern, Lehrer und Lehrerinnen sollten die Kinder über den Revol, den sie begehen, unterrichten und sie davon abhalten.

**Geunten ist in der Nacht zum Dienstag der große im Hafenbassin der Staatswerft liegende große Elevator. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt, doch nimmt man an, daß ein Außenbordventil oder Hahn geöffnet und nicht wieder geschlossen worden ist, sodas dann der Elevator voll Wasser lief. Die Hebung soll recht schwierig sein.**

**Gewerbeschule.** Im Sommerhalbjahr 1912 beginnt der Unterricht: a. für die Lehrlinge, welche die Gewerbeschule schon besuchen, am Montag, dem 1. April 1912. Bei diesen Schülern bedarf es keiner Anmeldung. Sie haben sich zu den im Stundenplan festgesetzten Zeiten zum Unterricht einzufinden; b. für die in die Lehre neu eintretenden Lehrlinge am Montag, dem 15. April 1912. Diese Lehrlinge sind durch die Lehrherren in der Zeit vom 1. bis 12. April schriftlich anzumelden. Anmeldebücher können in der Schreibstube entgegengenommen werden. Während des Osterfestes findet kein Unterricht statt in der Zeit vom Karfreitag bis Ostermontag einschließlich.

**Verlegter Termin.** Der für das diesjährige Lösungsgeschäft für den Aushebungsbezirk Lübeck auf Freitag, den 29. März d. Js., vormittags 9 Uhr, im Rodehofe anberaumte Termin ist auf Sonnabend, den 30. März d. Js., vormittags 8¼ Uhr, verlegt worden.

**Schwankende Gesundheit.** Die Gesundheitsverhältnisse wieseln Mitte März in den einzelnen deutschen Städten zum Teil eine nicht unerhebliche Besserung gegen die Vorwoche auf, während sie in anderen ebenso sehr sich verschlechtert haben. Auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet, starben in den Städten mit mindestens 70000 Einwohnern vom 10. bis 16. März in Altona 18,2, Berlin 16,1, Braunschweig 20,3, Bremen 18,1, Breslau —, Charlottenburg 12,8, Köln 15,0, Danzig 16,7, Dresden 13,5, Frankfurt a. M. 11,4, Hamburg 14,8, Hannover 14,3, Kiel 14,4, Köln —, Leipzig 12,3, Lübeck 11,3, Magdeburg 13,8, Mainz 13,9, München 13,6, Nürnberg —, Rixdorf —, Schwaberg 12,5, Wiesbaden —, Karlsruhe —, Spandau 9,4, Steglitz 8,6, Stettin 21,5.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen, Sonnabend kommt Mozarts große Oper „Die Zauberflöte“ zur Wiederholung. — Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt als 8. Volks-Vorstellung (sieder Platz 50 Btg.) Schillers Schauspiel „Die Räuber“ zur letzten Aufführung. Die Auslösung der Villen findet heute Freitag und morgen Sonnabend von 8 bis 9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. — Sonntag, abends 8¼ Uhr, geht Eugen d'Aleberis Oper „Die Flucht“ nochmals in Szene. Die Partien der Martha und des Bedro werden diesmal von Frä. Widahel und Herrn Putzler gesungen. — In Vorbereitung für Dienstag befindet sich die reizvolle Operette „Der Mikado“ von Arthur Sullivan.

**Kinderschulskommission.** Unsere Kommission hat sich neu konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Genossen F. Niehoff-Gloginfr. 5al gewählt. Die übrigen Mitglieder sind:

1. Frau Mehlig, Gr. Bauhof 7.
  2. Burmeister, Böttcherstr. 13.
  3. Niendorf, Dörfelstr. 14.
  4. Penze, Warendorpsstr. 66 II.
  5. Schlömer, Schwartauer Allee 9b.
  6. Jaekst, Warendorpsstr. 1/3 I.
  7. Kleinfeldt, Landorpsstr. 81.
  8. Engel, Glöwigstr. 24 a. part.
  9. Hans, Glöwigstr. 5a.
  10. Steinfeldt, Marlinstr. 82.
  11. Mehlsen, Kottwigstr. 15.
  12. Arbeitersekretär F. Mehrlin, Johannisstr. 48.
  13. Gewerkschaftsbeamter S. Kadde, Johannisstr. 48.
- Alle Fälle von Kinderausbeutung, Vernachlässigung und Mißhandlung melde man den Mitgliedern der Kommission, insbesondere dem Vorsitzenden.

**Die Kinderschulskommission.**  
**Schwartau.** Folgenschwere Schieberei. Auf der Schwartau von einem Verkaufstermin in Rohnsdorf gab der mit anderen Herren auf einem Wagen sitzende Land-

mann Kötting aus Barin einen Schuß ab, um die Genarmen, denen sie kurz vorher begegnet waren, in den Gläben zu versenken, es seien Wildbiebe im Gehölz. Bei einem zweiten Schuß drang, wie der „S. G.“ berichtet, das Geschloß beim Wehbändler Möller in den Rücken. Die Verlesung war so schwer, daß Möller noch in der Nacht in das Lübecker Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Schleswig.** Die preussische Regierung und die Heimatosen in Nordschleswig. Gesundheitsverhältnisse sind verfallen, seit Preußen seine große Last auf Schleswig-Holstein legte, aber noch immer haust die preussische Verwaltung in dem nördlichen Teile dieser Provinz wie in einem eroberten Lande. Eine der skandalösesten Maßnahmen der preussischen Regierung ist die Hege gegen die Heimatosen. Diese Heimatosen — einige Tausend an der Zahl — sind in der Mehrzahl arme Arbeiter. Ihre Väter kamen nach dem Kriege 1864 aus Dänemark ins Land. Bis 1898 waren die Söhne dieser Eingewanderten, weil sie im Auslande geboren waren, nicht dänische Reichsangehörige, sie sind aber auch nicht preussische Staatsangehörige. (Seit 1898 erkennt Dänemark die im Auslande Geborenen als dänische Staatsangehörige an.) Sie haben einfach keine Heimatszugehörigkeit. Die preussische Verwaltung kann mit ihnen machen, was sie will. Am bekanntesten ist wohl der Fall Gholm geworden, der auch jetzt wieder von sich reden macht. Der Arbeiter Mads Gholm hat mit Unterbrechungen schon ein Vierteljahr im Gefängnis gesessen, weil er der Ausweisungsbefehl der Regierung in Schleswig nicht gefolgt ist. Er ist in Nordschleswig geboren, hat hier ununterbrochen gelebt, ist mit den Gebrüchern des Landes vertraut und hat seine Familie recht und schlecht ernährt. Aber er ist nicht preussischer Staatsangehöriger. Er will nun der Ausweisungsbefehl nicht folgen, denn wo soll er hin? Er ist auch nicht dänischer Staatsangehöriger, er ist heimlos. Er hat nichts verbrochen, was irgendwie nach dem Strafgesetz strafbar ist, die Regierung bestraft ihn einfach auf Grund des § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1893. Gholm hat eben erst wieder das Gefängnis verlassen, da erhält er schon wieder eine Verfügung der Regierung zu Schleswig, daß gegen ihn eine Strafe von 300 Mark eventuell 4 Wochen Gefängnis festgesetzt worden ist, weil er der Aufforderung vom 23. März d. J., das preussische Staatsgebiet innerhalb 24 Stunden zu verlassen, nicht nachgekommen ist. Wenige Stunden nach Ablauf dieser Frist erhielt Gholm eine neue Aufforderung, das Land innerhalb 24 Stunden zu verlassen unter Androhung einer neuen Strafe von 300 Mk. oder 4 Wochen Haft. Da Gholm das Land, wo er geboren ist, nicht verlassen will, wird er bald wieder im Gefängnis sitzen. Ob die preussische Regierung denn gar kein Gefühl hat für das Kleinliche, Gehässige, was in diesen Maßnahmen liegt?

**Bremen.** Die Bürgerschaft verhandelte am Mittwoch den Jahresbericht der Gewerbeinspektion. Die Genossen Behle und Schröder zählten eine Anzahl von Unfällen auf, die durch mangelhafte Schutzvorrichtungen verursacht worden sind. Genosse Behle wünscht, daß der Gewerbehygiene mehr Aufmerksamkeit zugewandt werde und regt an, der Gewerbeinspektion Ärzte beizugeben, die besonders die Ursachen der Gewerbekrankheiten zu untersuchen hätten, damit vorbeugende Maßnahmen getroffen werden können. Dem mangelhaften Gebäudbau bei Eisenkonstruktionen seien viele schwere Unfälle zuzuschreiben. Redner beantragt, aus der bremischen Sonderausstellung auf der Hygieneausstellung in Dresden eine dauernd gemerbliche hygienische Ausstellung, respektive ein gewerbliches Museum für Bremen anzustreben. Der Antrag wird angenommen. Die Genossen Waigand und Holmeier bemerken, daß unter die Schuldenliteratur, von der der Bericht spreche, auch die von den Lehrern empfohlenen Jugendbüchlein fallen, die blutige Kriegsgeschichten schildern. Dadurch werde die Jugend verrotzt. Der Senatskommissar will aber solche Bücher für die Jugend nicht missen. Die Säuglingssterblichkeit, die unter der ärmeren Bevölkerung in Bremen besonders groß ist, kritisierten unsere Redner, aber man ging von seiten der Bürgerlichen nicht darauf ein. — Eine lebhafte Debatte verursachte der Bau einer neuen Volksschule mit 23 Klassen. Mit Recht wurde hervorgehoben, daß diese Schule für einen Vorsteher zu groß sei, man komme so bald dazu, auch die 32klassigen Schulen einem Vorsteher zu unterstellen. Es soll eben bei den Volksschulen gespart werden.

## Theater und Musik.

**Neues Stadttheater.** Der eingebildete Kranke, Lustspiel von Moliere. Der gestrigen vortrefflichen Aufführung dieser witzigen Komödie konnte man mit einem feuchten und einem heiteren Auge beizuwohnen. Die ausgezeichnete, von degenter und gerade deshalb um so wirksameren Komik getragene Leistung des Herrn Direktor Fuchs in der Rolle des eingebildeten Kranken ließ den Verlust dieses Künstlers als Darsteller an unserer Bühne wieder auf das Lebhafteste bedauern. An seinem Argan erschien alles so natürlich und menschlich echt, daß man darüber schier vergaß, daß eben nur wirklich große Kunst eine derartige Genauigkeit besitzt. Eine Frage: Wenn Herr Fuchs gestern abend, ohne irgend welchen Schaden in seinem Ansehen als Theaterdirektor zu erleiden, einmal wieder öffentlich auftreten konnte, so müßte das doch wohl häufiger möglich sein? Die Zoinette wurde von Frä. Vog mit der nötigen Reife sehr drollig gespielt. Frä. Vog hat während ihrer dreijährigen Tätigkeit an unserer Bühne sich vortrefflich entwickelt, leider hat man sie dann ziehen lassen. Die Besetzung der übrigen Rollen war gut. Ebenso das Zusammenpiel und die Ausstattung. Das Publikum bereitete dem Stück eine sehr freundliche Aufnahme und zeichnete namentlich Direktor Fuchs und Gertrud Vog durch anhaltenden Beifall und reiche Blumenpenden aus.

Einen starken Heiterkeitserfolg erzielte dann das Venezianische Lustspiel „Die Diensthoren“, das nach dem „Eingebildeten Kranken“ zur Wiedergabe gelangte. Vergleich zwischen Moliere und Benedix dürfen natürlich nicht gezogen werden. Im Anschluß an die Theateraufführung fand ein „Gesunde-Hall“ zum Besten der Deutschen Bühnengenossenschaft statt, auf dem es sehr fruchtbringlich hergegangen sein soll. Wann die Veranstaltung zu Ende war? Das soll nicht verraten werden.

P. L.

### Briefkasten.

G. Sch. Zur Verheiratung sind folgende Papiere des Mannes und der Braut erforderlich: Geburtschein, Staatsangehörigkeitsausweis und polizeilicher Meldechein. Bei Minderjährigen ist außerdem die Genehmigung des Vaters oder Vormundes beizubringen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. S. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



# HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr. 25/33.

Jeder Einkauf führt zu grossen Ersparnissen.  
Für je 20  $\frac{1}{2}$  eine Rabattmarke

Heute und folgende Tage

## Grosser Oster-Verkauf

in Frühjahrs- und Sommer-Waren, welche in reicher Fülle zu staunend billigen Preisen in allen Abteilungen des Hauses bereit gehalten werden.

### DAMEN-KONFEKTION

Frühjahrs-Paletots aus imitiert. engl. Stoffen, teilweise mit farbigem Revers . . . . .	14 <sup>50</sup>	9 <sup>75</sup>	6 <sup>75</sup>
Schwarze Jacketts und Paletots aus Kammgarn und Tuchstoffen . . . . .	28 <sup>00</sup>	23 <sup>00</sup>	17 <sup>50</sup>
Blaue Kammgarn-Kostüme mit Tressen und Blendengarnitur . . . . .	28 <sup>00</sup>	24 <sup>00</sup>	19 <sup>50</sup>
Elegante blaue Kostüme aus feinsten Kammgarn- und Twildstoffen, Jackett auf Seide . . . . .	60 <sup>00</sup>	48 <sup>00</sup>	36 <sup>00</sup>
Jacken-Kostüme modernster Machart aus engl. gemusterten Stoffen, teilweise mit farbigem Revers . . . . .	36 <sup>00</sup>	27 <sup>00</sup>	19 <sup>50</sup>
Elegante Jacken-Kostüme aus imitiert. engl. Stoffen, in feinsten Konfektion Jackett auf Seide . . . . .	55 <sup>00</sup>	45 <sup>00</sup>	38 <sup>00</sup>
Kostüm-Röcke aus Stoffen engl. Art . . . . .	4 <sup>50</sup>	3 <sup>95</sup>	2 <sup>25</sup>
Einfarbige Kostümröcke aus blauen und schwarzen Kammgarnstoffen . . . . .	8 <sup>75</sup>	6 <sup>50</sup>	4 <sup>50</sup>

### Moderne Frühjahrs-Blusen

Kimoblusen aus bedrucktem Musselin mit farbiger Paspelierung . . . . .	1 <sup>25</sup>	Reinwoll. Kimobluse ganz auf Futter, mit Blenden und Paspelierung . . . . .	3 <sup>50</sup>	Weisse Stickereibluse mit Batist und imit. Klöppel-einsätzen verarbeitet . . . . .	3 <sup>75</sup>
Oberhemdblusen aus imitiert Wiener Leinen mit Perlmutterknöpfen . . . . .	1 <sup>95</sup>	Elegante Popelinebluse mit Tüllkrägen und seiden-gesticktem Vorderteil . . . . .	5 <sup>75</sup>	Eleg. weisse Kimobluse a. Wasch-Voilé, Passe u. Brust mit breit. Spachteltüll-einsatz . . . . .	4 <sup>95</sup>
Kimoblusen aus Musselin mit breiter türkischer Bordüre . . . . .	2 <sup>45</sup>	Reinwoll. Kimobluse aus gestreiftem Musselin mit Tüllkrägen u. Perlmuttergarn . . . . .	7 <sup>75</sup>	Eleg. gestickte Tüllbluse ganz auf Seide, mit breiter Spachteltüllpasse u. Vorderteil . . . . .	7 <sup>50</sup>

### KINDER-KONFEKTION

Kinder-Jäckchen aus blauem Cheviot mit Soutachierung . . . . .	6 <sup>50</sup>	3 <sup>25</sup>	2 <sup>50</sup>
Kinder-Jacketts aus blauem Cheviot mit waschb. Ueberkragen . . . . .	8 <sup>50</sup>	5 <sup>00</sup>	3 <sup>50</sup>
Kinder-Paletots marine-blau, grün oder rot mit breit. Spitzenkragen . . . . .	10 <sup>75</sup>	7 <sup>50</sup>	5 <sup>75</sup>
Kinder-Paletots aus engl. gemust. Stoffen mit Paspelierung . . . . .	5 <sup>00</sup>	4 <sup>50</sup>	3 <sup>75</sup>
Mädchen-Paletots aus bl. Chev. mit farb. Tuchkragen . . . . .	7 <sup>00</sup>	6 <sup>75</sup>	4 <sup>75</sup>
Kinderkleider Kieler Fassung mit waschbarem Ueberkragen . . . . .	10 <sup>50</sup>	7 <sup>75</sup>	5 <sup>95</sup>
Eleg. Kinderkleider aus einfarbig. u. gemust. Wollbatist m. Seidensoutach. u. Seidenpaspel . . . . .	8 <sup>75</sup>	5 <sup>95</sup>	3 <sup>50</sup>
Russenkittel mit Fallenvolant aus modern. gestreift. Stoffen mit Blenden- und Knopfgarnitur . . . . .			1 <sup>95</sup>
<b>Kinderschürzen</b>			
Mädchen-Reformschürzen m. Fall-Volant, aus Wiener Leinen u. bunt. Satin . . . . .	1 <sup>25</sup>	9 <sup>5</sup>	
Knaben-Schürzen aus imit. Wiener Leinen . . . . .			6 <sup>0</sup>

### DAMEN-STRÜMPFE

### HERREN-SOCKEN

### DAMEN-WÄSCHE

Damen-Strümpfe schwarz u. lederfarbig engl. lang, nahtlos, m. doppelt. Ferse u. Spitze . . . . .	40 <sup>3</sup>	Herren-Schweißsocken stark wollhaltige Qualität . . . . .	55 <sup>3</sup> u. 38 <sup>3</sup>
Frauen-Strümpfe schwarz u. lederfarbig deutschlang, nahtlos, m. doppelter Ferse u. Spitze . . . . .	60 <sup>3</sup>	Herren-Socken grau mit verstärkter Ferse u. Spitze . . . . .	60 <sup>3</sup> u. 40 <sup>3</sup>
Frauen-Strümpfe 1x1 gestrickt extra stark, ohne Naht, m. doppelt. Ferse u. Spitze . . . . .	60 <sup>3</sup>	Herren-Makosocken mit Doppelferse und Spitze . . . . .	48 <sup>3</sup>
Damen-Flor-Strümpfe engl. lang mit doppelter Sohle und Hochferse . . . . .	75 <sup>3</sup>	Herren-Ringelsocken Fond schwarz oder braun . . . . .	70 <sup>3</sup> u. 55 <sup>3</sup>
Damen-Strümpfe ganz durchbrochen engl. lang, schwarz und braun . . . . .	75 <sup>3</sup>	Herren-Florsocken Fond schwarz und braun mit farbigen Ringeln . . . . .	85 <sup>3</sup>
Elegante Flor-Strümpfe Seide imit. mit Doppelsohle und Hochferse . . . . .	1 <sup>10</sup>	Eleg. Herren-Socken Seide imitiert mit Laufmasche . . . . .	1 <sup>20</sup>
Kinder-Strümpfe ohne Naht mit Doppelferse u. Spitze . . . . .	Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Preis 30 <sup>3</sup> 35 <sup>3</sup> 40 <sup>3</sup> 45 <sup>3</sup> 50 <sup>3</sup> 55 <sup>3</sup> 60 <sup>3</sup> 65 <sup>3</sup> 70 <sup>3</sup> 75 <sup>3</sup>		
Kinder-Söckchen schwarz und braun . . . . .	Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 Preis 20 <sup>3</sup> 22 <sup>3</sup> 25 <sup>3</sup> 28 <sup>3</sup> 30 <sup>3</sup> 33 <sup>3</sup> 35 <sup>3</sup> 38 <sup>3</sup> 40 <sup>3</sup>		
Kinder-Söckchen reine Wollse . . . . .	Größe 1 2 3 4 5 6 7 8 9 Preis 48 <sup>3</sup> 52 <sup>3</sup> 55 <sup>3</sup> 58 <sup>3</sup> 62 <sup>3</sup> 65 <sup>3</sup> 68 <sup>3</sup> 75 <sup>3</sup> 80 <sup>3</sup>		

Damen-Hemden mit Spitzen Stickereipasse und Madapolambogen . . . . .	1 <sup>45</sup>	1 <sup>25</sup>
Damen-Hemden m. handgestickter Passe, zum Teil mit imit. Handlanguetten . . . . .	1 <sup>95</sup>	1 <sup>70</sup>
Damen-Beinkleider mit Stickerei-Volant und Banddurchzug . . . . .	1 <sup>65</sup>	1 <sup>25</sup>
Weisse Unterröcke mit breit. Strickerei-Volant u. Banddurchzug . . . . .	2 <sup>95</sup>	2 <sup>50</sup>
Weisse Unterröcke mit 60 cm hohem imit. Klöppel-Volant . . . . .		4 <sup>60</sup>

### KORSETTE

Spiralfeder-Korsett aus grau Drell mit Spitzen und Banddurchzug . . . . .	1 <sup>25</sup>
Langhüftiges Korsett aus grauem oder geblütem Drell mit Strumpfhaltern . . . . .	2 <sup>50</sup>
Directoire-Korsett aus feinem Satin mit Seidenspinnen, breiter Spitze u. Libertyband-Garnitur . . . . .	3 <sup>95</sup>

Freitag

Lebensmittel bester Qualität.

Sonnabend

Prima jung. Rindfleisch 60<sup>3</sup>  
Bratenstücke Pfd. 70<sup>3</sup> Pfd.

Pr. jung. Schweinefl. 75<sup>3</sup>  
Bratenstücke Pfd. 85<sup>3</sup> Pfund

Pr. junges Kalbfleisch 60<sup>3</sup>  
Keulen Pfd. 70<sup>3</sup> Pfund

Prim. Rind- u. Schweinehack 80<sup>3</sup>  
frisch. Pfund

**Frishes Gemüse etc.**  
Neue Gurken . . . . . Stück 55<sup>3</sup>  
Junger Spinat . . . . . Pfd. 43<sup>3</sup>  
Junger Kopisalat . . . . . Kopf 17<sup>3</sup>  
Neue Kartoffeln . . . . . Pfd. 15<sup>3</sup>  
Rutkohl . . . . . Kopf 20<sup>3</sup>  
Blumenkohl . . . . . Kopf 30<sup>3</sup>  
Tomaten . . . . . Pfd. 45<sup>3</sup>  
Bananen . . . . . 3 Stück 25<sup>3</sup>  
Ameria-Weintrauben . . . . . Pfd. 50<sup>3</sup>

**Gemüse-Konserven**  
Riesen-Stangenspargel . . . . . 2 Pfd. 2.05  
Stangenspargel, extra prima 2 Pfd. 1.60  
Brechspargel, stark m. Köpfen 2 Pfd. 1.45  
Suppenspargel . . . . . 2 Pfd. 70<sup>3</sup>  
Junge Erbsen, extra fein . . . . . 2 Pfd. 95<sup>3</sup>  
Junge Erbsen, mittelfein . . . . . 2 Pfd. 58<sup>3</sup>  
Gem. Gemüse, Kaiser-Melange 2 Pfd. 98<sup>3</sup>  
Rosenkohl . . . . . 2 Pfd. 48<sup>3</sup>  
Spinat, fein gewiegt . . . . . 2 Pfd. 58<sup>3</sup>

**Frucht-Konserven**  
Pflaumen, süßsauer . . . . . 1-Pfd.-Dose 40<sup>3</sup>  
Reineclauden . . . . . 1-Pfd.-Dose 55<sup>3</sup>  
Birnen, weiß, halbe Frucht . . . . . 1 Pfd. 45<sup>3</sup>  
Gemischte Früchte . . . . . 1 Pfd. 62<sup>3</sup>  
James Keiller Marmeladen Glas  
Keiller Pflaumen-Marmelade 1 Pfd. 60<sup>3</sup>  
Keiller Erdbeer-Marmelade 1 Pfd. 75<sup>3</sup>  
Keill. Aprikosen-Marmelade 1 Pfd. 75<sup>3</sup>  
Keiller gemischte Marmelade 1 Pfd. 65<sup>3</sup>

**WEINE**  
Apfelwein . . . . . Flasche 48<sup>3</sup>  
Roter Fruchtwein . . . . . Flasche 65<sup>3</sup>  
Marca Italia . . . . . Flasche 1.05  
Chat. le Bec . . . . . Flasche 1.25  
Portogina . . . . . Flasche 1.10  
Samos . . . . . Flasche 1.30  
Mosel-Rebe . . . . . Flasche 1.25  
Alter Kognak, Daniaud Fils & Co. 1.65  
Alter Rum, versch. Daniaud Fils & Co. 1.45

**Aufschnitt.**  
Roastbeef . . . . . 1/2 Pfd. 50<sup>3</sup>  
Schweinebraten . . . . . 1/4 Pfd. 50<sup>3</sup>  
Gekocht. Schinken . . . . . 1/4 Pfd. 40<sup>3</sup>  
Geräuch. Schinken . . . . . 1/2 Pfd. 45<sup>3</sup>  
Mozzic-Roulade . . . . . 1/2 Pfd. 40<sup>3</sup>  
Leber-Pastete . . . . . 1/2 Pfd. 40<sup>3</sup>  
Mortadella . . . . . 1/2 Pfd. 35<sup>3</sup>  
Zungeawurst . . . . . 1/2 Pfd. 40<sup>3</sup>

**Käse u. Fettwaren.**  
Holländer Käse, vollfett . . . . . Pfd. 90<sup>3</sup>  
Emmentaler . . . . . Pfd. 120<sup>3</sup>  
Bämer Käse . . . . . Pfd. 98<sup>3</sup>  
Tilsiter Käse, vollfett . . . . . Pfd. 90<sup>3</sup>  
Tilsiter Käse, pikant . . . . . Pfd. 35<sup>3</sup>  
Fromage de Brie . . . . . Pfd. 85<sup>3</sup>  
Camembert . . . . . Schachtel 25<sup>3</sup>  
Türinger Stangenkäse 3 Stück 25<sup>3</sup>

**Fischkonserven.**  
Franz. Oelsardinen . . . . . Dose 35<sup>3</sup>  
Sardinen in Tomaten . . . . . Dose 38<sup>3</sup>  
Appetitsüß . . . . . Dose 38<sup>3</sup>  
Nordische Anchovis . . . . . Glas 28<sup>3</sup>  
Brabant. Sardellen . . . . . Glas 70<sup>3</sup>  
Krabben, geschält . . . . . 1 Pfd.-Dose 75<sup>3</sup>  
la. Majonaise . . . . . Glas 44<sup>3</sup>  
Ostsee-Del.-Heringe in Rem.-Sauce 95<sup>3</sup>

**Kolonialwaren etc.**  
Blockschokolade . . . . . Block 62<sup>3</sup>  
Kakao, garantiert rein . . . . . Pfd. 75<sup>3</sup>  
Rangoon-Reis . . . . . Pfd. 19<sup>3</sup>  
Java-Reis . . . . . Pfd. 26<sup>3</sup>  
Nudein, alle Fassons . . . . . Pfd. 38<sup>3</sup>  
Ringäpfel . . . . . Pfd. 60<sup>3</sup>  
la. Trink-Eier . . . . . 8 Stück 60<sup>3</sup>  
Echt Westf. Pumpernickel . . . . . 16<sup>3</sup>

Im Erfrischungsraum:

1 Tasse Kaffee u. 1 Stück Torte zusammen 20<sup>3</sup>  
1 Stück Torte mit Schlagsahne . . . . . 20<sup>3</sup>

Ragou fine . . . . . Portion 30<sup>3</sup>  
Pastete à la reine . . . . . 30<sup>3</sup>

Ham and eggs . . . . . Portion 40<sup>3</sup>  
Würstchen mit Sauerkraut . . . . . 20<sup>3</sup>



# 1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 76.

Freitag, den 29. März 1912.

19. Jahrg.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 28. März 1912.

37. Sitzung, Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kühn, Kraetke.

Der Handelsvertrag mit Bulgarien

wird in dritter Lesung debattiert angenommen, ebenso das Statutgesetz.

Dann wird die zweite Beratung des Post-Stats fortgesetzt.

Angenommen werden folgende Resolutionen:

1. die der Nationalliberalen und der Volkspartei, den Dienst nach 8 Uhr abends, und an Sonn- und Feiertagen anderthalbfach zu rechnen (gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums);

2. die derselben Partei, den Erholungsurlaub der Angestellten angemessen zu erweitern; und schließlich die Resolution der Linken, die etatsmäßigen Post- und Telegraphenbeamten, denen der Reichseisenbahnen in bezug auf die Gewährung nicht pensionsfähiger Zuschläge gleichzustellen.

Beim Titel

### Oberpostdirektion

bringt Kunert (SD.) Vorgänge bei den Stadtverordnetenwahlen in Halle zur Sprache. Dort wurde ein starker Terrorismus von den bürgerlichen Parteien ausgeübt. Nach der Wahl tat sich ein Deminuziantenflügel zusammen, um die Beamten zu ermitteln, die sozialdemokratisch gewählt hatten. Die Oberpostdirektion habe beteiligt sich an diesem Deminuziantenflügel und beschneidete die Beamten in einer Weise, die man nur als Akt unverschämter Reaktion bezeichnen kann. Nicht das ist wesentlich, daß diese Schneidereien negativ verlaufen, sondern daß sie überhaupt vorgenommen wurden. Es liegt darin eine Einschüchterung wirtschaftlich abhängiger Männer, die eine grobe Verletzung ihrer staatsbürgerlichen Rechte darstellen. Wie der Beamte wählt, das geht die Vorgesetzten gar nichts an. Der Beamte verkauft seine Arbeitskraft an den Staat, nicht aber seine Persönlichkeit, sein Innenleben, das seine ureigentliche Sache bleibt. Wer die ökonomische Übermacht des Staates benützt, um den Beamten zu zwingen, seine wahre Meinung zu verhehlen, begeht an ihm ein Verbrechen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei den Wiederholungen dieser Dinge muß man geradezu von Gemohnheitsverbrechen sprechen. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Der Fall in Halle ist nicht vereinzelt, 1911 sind in Obersachsen Beamte verlegt worden, weil sie einen polnischen Kandidaten gewählt hatten. Der Ministerialdirektor, aber auch der Staatssekretär und der Reichsfänger sind die Urheber des unerhörten Druckes, der auf das gesamte Beamtentum ausgeübt wird.

Vizepräsident W a s c h e: Der Reichsanwalt gehört nicht zum Titel Oberpostdirektion.

Kunert (fortfahrend): Die postalischen Behörden haben auch den Beamten das Koalitionsrecht genommen. Ich bin ja nicht Optimist genug, zu glauben, daß der Staatssekretär etwas gegen diese Vorgänge tun wird. Wir haben aber die Pflicht, die Unabhängigkeit der Beamten hoch zu halten und solche Vorkommnisse auf das energischste zu mißbilligen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Unterstaatssekretär G r a n z o w: Die Mitteilung war der betreffenden Oberpostdirektion als ein Vorwurf gegen die Beamten zugekommen, sie stellte darum fest, ob dem so sei und erteilte eine Berichtigung. (Abg. Ledebour [SD.]: Das geht sie gar nichts an, das ist eine Unverschämtheit! — Vizepräsident W a s c h e ruft ihn zur Ordnung.) Ist denn das ein Verbrechen? Die Oberpostdirektion war bemüht, diesen Vorwurf zu entkräften. (Lebh. Zurufe bei den Soz.: Es ist kein Vorwurf!)

Abg. v. P r a s c h m a (Z.) bittet, die Einrichtung der Brieffelegamme auch auf kleinere Postämter auszudehnen. Staatssekretär K r ä t k e: Brieffelegamme sind vorläufig nur versuchsweise eingeführt.

Dr. W e i l l (SD.): Die nachgeordneten Behörden gehen in ihrem Eifer doch etwas sehr weit. Ein Fall in Meßburg betrifft noch den vom Abg. Kunert vorgetragene und die gestern aus Obersachsen mitgeteilten. Dort mußten die Beamten folgenden Revers unterschreiben: Von dem Erlaß des Staatssekretärs vom 25. Juni 1898 betreffend Bestrebungen der Sozialdemokratie habe ich Kenntnis erhalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Erlaß stammt aus der Zeit Bismarcks und enthält die üblichen Redensarten gegen die Sozialdemokratie; er betont, jede Beteiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen sei unvereinbar mit dem Dienst, und Beamte, die solchen Anschauungen Ausdruck geben, würden im Dienst nicht geduldet werden. (Sehr richtig! rechts.) Diese Zumutung wirkt wie eine behördliche Wahlbeeinflussung. Ist sie mit Billigung des Staatssekretärs erfolgt? Er dementiert das Vorkommen von Sozialdemokraten in der Postbeamtenchaft — ein sehr einfaches Mittel, sie daraus zu entfernen. (Weiterkeit b. d. Soz.) In Widerspruch damit stehen schon die Bestrebungen, die Meinungsfreiheit der Postbeamten zu unterbinden, sobald das Eindringen der Sozialdemokratie befürchtet wird. Ganz anders liegt noch der Fall in Meßburg. Wenn die Verwaltung in dieser Weise eingreift, sehen wir uns genötigt, die Gewerkschaften und die Menschen- und Staatsbürgerrechte gegen solche unerhörte Maßnahmen in Schutz zu nehmen. Ich lege keinen Wert auf die fast pflanzlichen Umstände der Wahlen in Meßburg, wo mein Gegner ein Vorstandsmitglied des Vereins Vorwärts portierte war, weil die ganze Wahl die Postverwaltung überhaupt nichts angeht. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn der Staatssekretär gegen angebliche Angriffe von uns auf Beamte pathetisch protestiert hat, so haben wir vielmehr das Recht, im Namen der Beamten gegen diese Herabsetzung ihrer politischen Rechte zu protestieren. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Herr von Camp hat einmal gesagt, die Beamten seien deshalb zu größerer Kontinuität verpflichtet, weil sie dafür bezahlt würden. (Abg. von Camp: Die politischen Beamten!) Kann freue ich mich, wenn Herr von Camp diesen Eingriff in Meßburg gleich mißbilligt. (Abg. v. Camp: Garnicht?) Wiederrum zeigt das von einer Geistverfassung, die eben so unglücklich, wie beleidigend für die Beamtenschaft ist. Es bleibt sich gleich, daß diese Einschüchterungsversuche nichts nützen und nichts genügt haben. Daß ich auf dieser Tribüne Rede, ist ja ein Beweis dafür. (Sehr richtig! bei den

Soz.) Überzeugungen lassen sich eben nicht wegdeutieren. Wirken aber mühten diese Einschüchterungen wie ein Terror. So schreibt ein Briefträger aus Meßburg, der sich über die vielen Dienststunden beklagt: „Meine Unterschrift kann ich nicht geben, sollte der Brief vielleicht in falsche Hände kommen, so wäre ich verloren.“ (Lachen rechts und im Zentr.) Das zeigt die Verschlechterung der Beamten, aber auch ihre Erbitterung über den Mangel an Respekt, den man ihrem Recht und ihrer Persönlichkeit entgegenbringt. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär K r ä t k e: Die Oberpostdirektion in Meßburg hat von der Aufregung durch das Flugblatt: „Die Postbeamten und die Reichstagswahl“ Kenntnis erhalten und hat deshalb die Beamten an den Erlaß von 1898 erinnert, damit sie wissen, wie die Behörde über die sozialdemokratischen Bestrebungen denkt. Die Sozialdemokraten selbst haben also die Behörden eigentlich zu dem Vorgehen veranlaßt. (Gr. Heiterkeit.) Die Unwahrheiten des Flugblattes konnten wir doch nicht ruhig hinhinnehmen. Ich sehe in dem Verhalten der Oberpostdirektion kein Unrecht.

Dr. S t r u v e (FVp.): Der Staatssekretär hat sich noch nicht klar darüber geäußert, ob er unter keinen Umständen will, daß die Oberpostdirektion sich um die Abstimmungen und das Wählen der Beamten kümmert. Vor einigen Jahren hat er sich zu diesem Grundsatze bekannt.

Staatssekretär K r ä t k e: Mein Standpunkt ist derselbe wie früher, aber der Oberpostdirektor in Meßburg hat nur aus Anlaß der Aufregung der Beamten diese auf den früheren Erlaß aufmerksam gemacht. (Lachen b. d. Soz.)

L e d e b o u r (SD.): Die Antworten des Staatssekretärs und Unterstaatssekretärs sind außerordentlich charakteristisch für die Vorstellung, die die Herren von ihrem eigenen Verhältnis und dem ihrer nachgeordneten Beamten zum Staat haben. Die Vorgänge in Meßburg und Halle erscheinen ihnen als etwas ganz Natürliches. Wenn die Behörde meint, ein Flugblatt enthalte unrichtige Behauptungen, so kann sie sie ja in der Öffentlichkeit widerlegen. (Zuruf b. d. Soz.: Sie können es bloß nicht.) Hätte sich die Behörde nur darauf beschränkt, so würde niemand etwas dazu sagen; aber die Oberpostdirektion in Meßburg hat in die Wahlbewegung eingegriffen, um einen Druck auf die Beamten auszuüben, daß sie nicht sozialdemokratisch wählen. Dieser Erlaß richtet sich gegen die Verfassung. (Zuruf b. d. Soz.: Es ist eine Verleumdung.) Die Reichsverfassung und die preussische Verfassung gewährleisten allen Beamten, genau so wie den übrigen Staatsbürgern die volle Freiheit in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Die höheren Beamten sind durch ihren Dienstverpflichtet, die Verfassung und die Gesetze zu achten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn aber ein höherer Beamter gegen Verfassung und Gesetz einen terroristischen Druck auf die Beamten auszuüben sucht, so handelt ein solcher Beamter und Minister gegen seinen Eid. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Präsident W a m p f: Ich kann nicht zugeben, daß Sie einem Minister einen solchen Vorwurf machen.

L e d e b o u r (fortfahrend): Das Vorgehen der Behörde in Meßburg ist ein direkter Eingriff in das Recht zu wählen, das auch jeder Beamte hat. Der Staatssekretär hat früher solche Eingriffe verurteilt, heute erscheinen sie ihm beinahe als natürlich. Daraus geht hervor, daß er durch die lange Anwesenheit im Amt eine degradierende Abwärtsbewegung gemacht hat. Es ist die höchste Zeit, daß er sein Amt verläßt, um nicht noch tiefer herabzuwinken. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn im Falle von Halle die Behörde es überhaupt für notwendig hielt, von der Behauptung, Postbeamten hätten sozialdemokratisch gewählt, Notiz zu nehmen, so hätte sie, wie es anständigen Menschen zugekommen wäre, sagen müssen, wir verbitten uns solche Behauptungen.

Präsident W a m p f: Sie dürfen dem Unterstaatssekretär nicht Unanständigkeit vorwerfen.

L e d e b o u r: Dann will ich sagen: Wer auf dem Standpunkt allgemeiner Rechtsgleichheit steht und Oberpostdirektor ist, der hätte gesagt, wir verbitten uns, daß unseren Beamten ein Vorwurf gemacht, wenn sie für irgend eine Partei stimmen; denn das ist ihr gutes Recht, und wir schätzen ihre Ehre viel zu hoch ein, als daß wir irgend jemand erlauben sollten, ihnen wegen ihrer Betätigung bei den Wahlen einen Vorwurf zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Statt dessen läßt die Postbehörde herumzuschneiteln, ob irgend ein Beamter tatsächlich sozialdemokratisch gewählt hat. Das ist ein neuer Eingriff, ist wieder eine Verletzung des staatsbürgerlichen Rechtes. Beamte, die so gehandelt haben, verlegen ihre Eidspflicht. Die Verfassung ist beschworen, und wenn eine vorgelegte Behörde in die Wahlfreiheit eingreift, so verletzt sie die Eidspflicht. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.)

Präsident W a m p f: Sie haben von neuem Beamten Verletzung der Eidspflicht vorgeworfen. (Gr. Anrufe b. d. Soz., in der die folgenden Worte des Präsidenten verloren gehen.)

L e d e b o u r (SD.): Eigentlich sollten alle Parteien darüber einig sein, daß ein Eingreifen der Behörde in die Wahlfreiheit unter keinen Umständen gebildet werden kann. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Sie in irgend einer Weise das unqualifizierbare Vorgehen des Herrn Krätker und seiner nachgeordneten Beamten billigen, so ist das ein Mangel an Selbstgefühl, das jeder Abgeordnete als Volksvertreter haben sollte, ein Mangel an Achtung, die Sie als Staatsbürger dem freien Wahlrecht schulden. Fahren Sie nur so fort, dann werden Sie es dahin bringen, daß alle Beamten, die nur noch einen Funken von Ehrgefühl haben, sich dafür bedanken, für solche Parteien zu wirken. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Eine Resolution der Kommission auf Vorlegung eines Nachtragsetats, worin den Oberpost- und Telegraphenassistenten, die 3 Jahre in dem Genuß des Höchstgehaltes gewesen sind, eine Zulage von 300 Mk. gewährt werden soll, wird angenommen; ebenso ein Antrag W a m p f (FVp.), diese Zulage pensionsfähig zu machen.

Ferner liegt eine Resolution der Kommission vor, eine Revision des Besoldungsgesetzes dahin vorzunehmen, daß die in der zweiten Lesung der Besoldungsordnung vom Reichstag beschlossenen Gehaltsätze insbesondere für Postassistenten und Postassistenten durchgeführt werden; zweitens geeignete Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, durch welche eine gerechte Verteilung der in der Festsetzung der Besoldung, insbesondere des Wohnungsgeldzuschusses für die Postunterbeamten in einzelnen Fällen hervorgerufenen Härten und Unbilligkeiten bewirkt wird und in einem Nachtragsetat die erforderlichen Mittel anzuordnen; drittens Maßnahmen zu treffen, durch welche die in der Reichspostverwaltung beschäftigten Personen eine den örtlichen Lohn- und Lebensverhält-

nissen entsprechende Bezahlung erhalten, sowie die Anwärter für die Schaffnerklasse nach zehnjähriger Beschäftigung in der Regel etatsmäßig angestellt werden.

G i e s b e r t s (Z.) spricht für die Resolution. So schlecht geht es aber den Postunterbeamten nicht, daß sie, falls sie nicht überzeugte Sozialdemokraten sind, nur deshalb gemungten wären, bei den Wahlen zum roten Stimmzettel zu greifen. Diese Art Breiten auf Regierung und bürgerliche Parteien würde ihren Zweck verfehlen und wäre nicht ihrem Stande gemäß. (Zuruf b. d. Soz.: Das sagt ein Arbeitervertreter!)

Staatssekretär K r ä t k e betont, daß die Postboten alle drei Jahre 100 Mk. Zulage bekommen; im übrigen werde die Verwaltung bei recht sein, die Löhne möglichst den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Dr. S t r u v e (FVp.): Die Postboten klagen aber darüber, daß diese Zulage nur 8 Jahre lang gewährt wird und dann nicht mehr, falls die Postboten dann noch nicht angestellt sind. Redner befragt weiter eine Resolution, die Ausgleichen der in der Besoldung der gehobenen Unterbeamten bestehenden Unterchiede verlanot. Wünschenswert wäre auch eine Herabsetzung der Dienststunden der Postunterbeamten nach dem Vorbilde der Eisenbahnverwaltung.

G i e s b e r t (SD.): Die Resolution betreffend die Postassistenten und Assistenten ist von uns in der Budgetkommission eingebracht und dort einstimmig angenommen worden. Ich brauche daher zu ihrer Begründung nicht mehr viel zu sagen. In der Denkschrift zum Besoldungsgesetz wurde seinerzeit ausgeführt, daß das Hauptgewicht gelegt werden sollte auf eine Besserstellung der Unterbeamten. Nach Erledigung des Besoldungsgesetzes hat sich aber ergeben, daß keine Beamtenkategorie so schlecht weggekommen ist bei dieser Regelung als die Unterbeamten, insbesondere die Schaffnerklasse. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ihre Gehaltsätze betragen 1100 bis 1700 Mk. Dabei kommt in Betracht, daß durch den Wegfall der Teuerungszulagen fast die Hälfte aller Unterbeamten durch die damalige Regelung überhaupt keine wirtschaftliche Besserstellung erfahren hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Giesberts meinte, man könne das Zentrum für die Besoldungsreform nicht verantwortlich machen. Tatsächlich war es aber das Zentrum, das ebenso wie die anderen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Fortschrittlichen Volkspartei vor dem Unannehmbar der Regierung schließlich unzufrieden ist und gerade Herr Giesberts hat in der Budgetkommission erklärt, daß es ein politischer Fehler gewesen sei, daß man damals der Regierung nachgegeben habe. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Unterbeamten, der Postbeamten, sind durchaus unzureichend. Sie schwanken zwischen 2 und 3 Mk., mit der Zulage von 10 Pf. pro Tag erhalten die Postboten nach zehn Jahren einen Höchstlohn von 280 bis 380 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß damit nicht eine Familie ernährt werden kann, ist klar; insbesondere bei den teuren Verhältnissen im Westen kann selbst ein Lediger damit nicht seinen Unterhalt fristen. — Ferner möchte ich hinweisen auf das große Mißverhältnis zwischen etatsmäßigen und nicht etatsmäßigen Stellen, insbesondere im Direktionsbezirk Düsseldorf. Hier kann man in der Tat von einer Notlage dieser Beamten sprechen, ja von Hungerlöhnen. Es wäre wünschenswert, wenn der Staatssekretär nur einen Teil des Sifers, den er anwendet, um aus politischen Gründen hinter Beamten heranzuschneiteln verwenden würde für eine möglichst baldige Aufbesserung der Postbeamten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Aus Rotterdam wird mir von einer sehr ungunstigen Verteilung der Dienststunden berichtet und in Giberfeld sollen Unterbeamte in den Sommermonaten oft bis 76 Wochen-Dienststunden leisten müssen, im Winter bis 70. (Hört, hört! b. d. Soz.) Herr Giesberts hielt es für notwendig zu sagen, daß, wenn die Postbeamten für uns stimmen, sie das nur als Mitläufer und nicht aus voller Überzeugung tun. Das ist natürlich gar nicht festzustellen und geht auch Herrn Giesberts gar nichts an. (Sehr wahr! bei den Soz.) Im übrigen ist die Stellungnahme des Herrn Giesberts in dieser Frage bezeichnend für die politische Wandlung des Zentrums, das sich früher bitter beklagte über die Religionszuschüsse und jetzt den systematischen Terror der Verwaltung gegenüber den Beamten unterstützt. Charakteristisch ist, daß gerade Herr Giesberts eine solche Stellung einnimmt, der vor einiger Zeit einmal sagte, man muß sich schämen, ein Preuze zu sein. (Hört, hört! und Bravo! bei den Soz.)

Unterstaatssekretär G r a n z o w: Herr Giesbert sprach von Hungerlöhnen, er möge aber bedenken, daß diese Postboten meist noch junge Leute, anfangs zwanzig, sind, die unversehrat sind. Auch bekommen sie die drei Mark an allen Sonn- und Festtagen. Der größte Teil der nicht etatsmäßigen Unterbeamten in Düsseldorf ist noch nicht zehn Jahre bei der Post. Daß Unterbeamte bis 76 Stunden beschäftigt werden, kann ich kaum glauben. Es wird nachgefordert werden; jedenfalls würden wir das aufs schärfste mißbilligen. Im übrigen verweise ich die Herren darauf, daß wir im Laufe von zehn Monaten über 18 000 Gulden zur Aufnahme in den Unterbeamtenstand haben abweisen müssen. Das beweist, daß die Verhältnisse bei uns immer noch besser sind als in der Privatindustrie. (Zuruf b. d. Soz.: Daß Sie diese Notlage ausnutzen!)

G i e s b e r t s (Z.): Herr Giesbert hat mich mißverstanden. Ich habe nur gesagt, daß Postbeamte, die als Mitläufer Ihrer Partei auf die Regierung und die bürgerlichen Parteien eine Breiten ausüben zu können glauben, damit nicht richtig handeln. Ferner habe ich von einem großen politischen Fehler der Regierung, nicht des Zentrums bei der letzten Besoldungsform gesprochen. Im übrigen hoffe ich, daß die Sozialdemokraten jetzt als stärkste Fraktion ihren ganzen Einfluß auf die Regierung geltend machen, daß sie wenigstens jetzt dem Beschluß des Reichstages nachkommen. Damit schließt die Diskussion.

Die Resolutionen der Kommission werden angenommen, ebenso gegen die Stimmen der Linken ein Antrag der Konserativen und des Zentrums, statt die Anwärter für die Schaffnerklasse zu setzen; die Zivilanwärter für die Unterbeamtenklasse.

Beim Titel „Postagenten“ wird nach kurzer Debatte eine Resolution angenommen, erneute Erwägungen über die Einrichtung einer Pensionskasse für Postagenten anzustellen und darüber eine Denkschrift vorzulegen.

Es folgt der Titel Löhne für außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende Personen.

G i e s b e r t (SD.): Die Postarbeiter klagen darüber, daß ihnen bei ihrer Anstellung die Arbeitszeit, die sie im Reichsbetriebe durchgemacht haben, nicht angerechnet wird. Man



Macht grundsätzliche Bedenken dagegen geltend, während doch z. B. den Postkassen eine solche Dienstzeit angerechnet wird. Obendrein ist die Entlohnung äußerst unzulänglich. Ein Ausgleich für die teuren Lebensverhältnisse ist in dieser Regelung absolut nicht zu erblicken und eine Regelung der Lohnfrage dringend notwendig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch sollte man Wochen- statt Tagelöhne zahlen. Andere Vermaltungen sind damit längst vorangegangen. Die Arbeiterausschüsse scheinen man noch immer für ein notwendiges Übel zu halten. Wie aus einer Petition des Verbandes polnischer Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker mit dem Sitz in Bochum hervorgeht, sind eine Reihe von Arbeiterausschüssen infolge der erfolglosen Bemühungen um eine wirksame Tätigkeit arbeitsunfähig geworden und denken daran, überhaupt nicht mehr zusammenzutreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Arbeiter verlangen Sicherung der Arbeiterauschüsse gegen Verhinderung, Herabsetzung des Wahlrechtsalters für die Wahl zum Arbeiterauschuss und Errichtung eines Reichsarbeiterauschusses. Bei einer so streng zentralisierten Behörde, wie der Postverwaltung, muß auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, auf die Zentrale im Sinne ihrer Wünsche einzuwirken. Die Personalkasse für Postarbeiter befindet sich noch im Stadium der Ermüngen. Der Staatssekretär sollte mehr Dampf dahinter setzen. Sonst beweist die Verwaltung, daß es ihr an dem guten Willen fehlt, den Arbeitern zu helfen. (Bravo! b. d. Soz.)

**Ficker (M.):** Die Löhne der Post- und Telegraphenarbeiter sind keineswegs genügend aufgehoben. Die Rehrgeider bei ausmüchtigen Arbeiten sollten nicht in den Lohn eingerechnet werden. Auch sollten die Löhne in Wochenlöhne umgewandelt werden. Vor allem sollten die Befugnisse der Arbeiterausschüsse fest umgrenzt werden. Der Staatssekretär würde durch Verhandlungen mit dem von ihm abgelehnten Reichsarbeiterauschuss sehr gut die Wünsche der Arbeiter kennen lernen, sonst müßte man mit den Organisationen verhandeln, eins von beiden ist nötig. Ferner sollte man auch Personalkassen für die Arbeiter errichten.

**Behrens (M.):** tritt ebenfalls für Arbeiterpensionskassen ein und wünscht besseren Ausbau der Arbeiterausschüsse. Die Frage eines Zentralarbeiterauschusses konnte nicht allein von der Postverwaltung erledigt werden; sollten sie in den verschiedenen Ressorts geschaffen werden, so müßten sie zu einem Erfolge für die geschicktesten Arbeiterkammern werden.

**Staatssekretär Kräfte:** Die Lage der Arbeiter ist dauernd besser geworden; manche Wünsche sind erfüllt worden, manche, wie die nach Wochenlöhnen und Zentralarbeiterausschüssen, können von einem Ressort allein nicht geregelt werden.

**Dr. Struve (M.)** schließt sich, im Zusammenhang auf der Tribüne verständlich, den Anregungen des Abgeordneten Ficker an.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel

#### Ostmarkenzulagen.

**Schlee (M.):** Für die Streichung der Zulagen bringt man grundsätzliche Bedenken vor, man sagt, sie seien politischer Natur, sie seien ein Glied in der Kette der preussischen Polenpolitik. Diese geht den Reichstag überhaupt nichts an. (Lachen rechts b. d. Soz.) Die Polen sind von Preußen von jeher mit Liebe behandelt worden, und der Dank war der polnische Luftstand im Jahre 1863. Die Zulagen sind auch kein Korruptionsfonds. Unsere Postbeamten haben im Dienst das Vertrauen sowohl der Deutschen, wie der Polen erworben. Die amtliche Tätigkeit in einem gemischt-sprachlichen Gebiet ist naturgemäß bedeutend schwieriger als in einem anderen. Dafür ist die Zulage ein Entgelt. (Sehr richtig! rechts und b. d. Natl.) Die Beamten, die im Vertrauen auf diese Zulage nach dem Osten gekommen sind, haben einen Rechtsanspruch auf ihre Weitergewährung; darum bitte ich, die Zulagen weiter zu gewähren.

**Wendel (Soz.):** Bismarck hat einmal das Wort geprägt: „Der Appell an die Furcht wird niemals ein Echo im Herzen der Deutschen finden“, aber Abg. Schlee hat uns die Furcht geschilbert, die er und seine Freunde 1863 vor den Pissolen der Polen hatten. (Unruhe rechts.) Er stand damals im Alter von 7 Jahren, seine Angst ist daher vielleicht einigermaßen verständlich (gr. Heiterkeit), vielleicht auch seine politische Beurteilung der polnischen Frage (große Unruhe rechts). Er sprach von der allgemeinen liberalen Begeisterung, die 1848 für die Polen herrschte. Das war eine liberale Begeisterung, die sich eben auf Worte beschränkte und Laten nicht kannte. 1863 haben wir einen Aufstand zu verzeichnen und zwar einen sehr berechtigten. Dieser warf einen Schandfleck auf den Namen des offiziellen Preußen.

**Vizepräsident B a s c h e:** Ich bitte, solche Ausdrücke zu unterlassen.

**Wendel (fortfahrend):** Ich will keine scharfen Worte gebrauchen (Lachen rechts), sondern nur die eines bekannten Geschichtsschreibers zitieren, der im Abgeordnetenhaus sagte: „Diese Politik hat uns mit der Rittschuid an einer kolossalen von ganz Europa mit stilllichem Abscheu betrachteten Menschenjagd belastet.“ Das war der Nationalliberale Herr von Sybel. Wir lassen uns die Überzeugung nicht nehmen, daß das Wohlwollen für die Beamten, das sich in der Ostmarkenzulage zeigt, auf nationalem Chauvinismus gepflanzt ist. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Wir sind bereit, die Zulagen als eine Teil des Gehaltes zu bewilligen für sämtliche Mittel- und Unterbeamten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

**Schulz (M.):** Ich hätte nicht geglaubt, daß im Deutschen Reichstage jemand gegen den Fürsten Bismarck mit dem Vorwurf der Teilnahme an einer Menschenjagd hätte vorgehen können. (Große Unruhe b. d. Soz., erregte Zwischenrufe; von rechts ertönt der Ruf: Maul halten.) Unerbittlich ist es, daß ein 75jähriger Mann (Lebh. Unruhe und Zwischenrufe b. d. Soz.) so gegen einen alten Herrn auftritt, der in den Ostmarken groß geworden ist. (Erneute Unruhe b. d. Soz.; Abg. Dittmann [E.]: Es gibt auch alte Geißel — Großer Lärm rechts.)

**Präsident B a s c h e:** Ich rufe den Abg. Dittmann zur Ordnung. (Zurufe b. d. Soz.)

**Schulz (fortfahrend):** Sybel hat längst gesagt, daß er sich geirrt habe, er hat die Vorwürfe gegen den Fürsten Bismarck lange bereut, das ganze deutsche Volk ist durch den Fürsten Bismarck bekehrt worden. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Die Behauptungen des Abg. Wendel werden draußen noch einen Widerhall finden; auch hier war eine Abwehr notwendig.

**Dr. Westarp (M.):** 6000 Beamten sollen wir ein Jhehtel ihres Einkommens, das sie 4 Jahre lang bezogen haben, mit einem Federstrich nehmen. (Zuruf b. d. Soz.: Es vielmehr allen geben.) Der Ausdruck Korruption ist eine Form der Agitation, die jedes zulässige Maß überschreitet. (Leb. Oh! b. d. Polen und Soz.) Die Zulage soll ein Ausgleich sein für die schweren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schädigungen, die die Beamten infolge der großpolitischen Agitation erleiden. Die liberalen Parteien sind so bereit, mit uns für die Zulagen zu stimmen und auch das Zeugnis zu versetzen mit den übrigen Deutschen zusammenzugehen. Deswegen gebe ich nicht die Hoffnung auf, daß das Parlament auch heute für die Ostmarkenzulage eintreten wird. Wiederens wird es bis zur dritten Lesung eines anderen beantragt. (Lebhafter Beifall rechts und Ab! bei den Soz.)

**Dr. S y d a (M.):** Graf Westarp erkennt die politische Bedeutung der Ostmarkenzulage an, und er hat recht. Sie bedeutet die Übertragung der preussischen Ostmarkenzulage auf die Reichsbeamten, und daß die preussische politische Charakter hat, wird doch wohl niemand bestreiten. (Sehr richtig! b. d. Polen u. Soz.) Die Zulagen sind ein Korruptionsfonds. Beamte, die polnisch verstehen, werden verfehlt, und andere dorthin geschickt, die kein Wort polnisch verstehen. Ja, es wird den Beamten verboten, mit dem Publikum polnisch zu sprechen. (Hört, hört! b. d. Polen.) Die Gerechtigkeit müßte das Haus veranlassen, diesen ungeordneten Fonds einstimmig zu streichen. (Sehr richtig! b. d. Polen.)

**Dr. Spahn (M.):** Wir werden auch diesmal gegen die Ostmarkenzulagen stimmen. Bei der Besoldungsordnung hatten wir keine Veranlassung, auf diese Frage einzugehen. (Bravo! im Zentrum.)

**Lebebour (M.):** Wenn wir die Zulagen einen Korruptionsfonds nennen, so ist damit allerdings nicht gesagt, daß deshalb alle Beamten notwendigerweise korruptiert sein müssen; im Gegenteil, wir hoffen, daß die große Mehrheit dieser Beamten dem Widerstand leisten wird. In Einzelfällen ist aber sehr wohl nachgewiesen, daß dieser Fonds korumpierend gewirkt hat. An der Pforte, die durch die Streichung verursacht ist, tragen diejenigen Schuld, die den Fonds beschaffen haben. Auch werden wir bei der dritten Lesung beantragen, allen diesen Beamten die Zulage zu bewilligen. (Bravo! b. d. Soz.) Daß wir gegen den Etat stimmen, kann uns natürlich nicht abhalten, bei der Ausgestaltung im einzelnen ihn so günstig wie möglich zu gestalten. (Sehr richtig! bei den Soz., Lachen rechts.) So verfährt auch jede andere Partei einem Gesetz gegenüber, das ihr in seiner Gesamtwirkung nicht behagt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nun hat Herr Schulz in einem Anfall kapitalistischer Entrüstung in einem fort darauf herumgepfiff, daß mein Parteigenosse Wendel ein Wort des Historikers Sybel zitiert hat. Ich habe die Befürchtung, der Abg. Schulz stände noch hier, wenn der Herr Präsident ihn nicht schieflich wohlwollend beruhigt hätte. Wenn Sybel seine Äußerung später bereut hat, so zeigt das nur, daß er ein richtiger Nationalliberaler war. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Ich will ausdrücklich betonen, daß wir den Sybelschen Ausdruck heute noch für vollkommen gerechtfertigt halten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Graf Westarp hat dann mit „naaktrechtlichen“ Gründen diese ganze Politik zu rechtfertigen gesucht. Nach der preussischen Verfassung sind vor dem Gesetze alle Preußen gleich, also auch in bezug auf ihre Mutter Sprache. Die ganze Polenpolitik ist also eine Verfassungs- und Gesetzesverletzung, bei der mit den schäblichsten Mitteln gearbeitet wird. (Lebh. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Kräfte** bittet in den Antrag wenigstens noch einzufügen: „künftig wegfällig“, damit sich die Beamten darauf einrichten können. (Bravo! rechts.)

In namentlicher Abstimmung werden hierauf die Ostmarkenzulagen mit 183 gegen 122 Stimmen bei einer Enthaltung gestrichen.

Nach ungewählter Diskussion wird die Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Sicherstellung des Arbeitsverhältnisses der Arbeiter und Handwerker und Errichtung einer Arbeiterpensionskasse angenommen, ebenso die Resolution, welche Bericht über die Arbeiterausschüsse verlangt und die der Nationalliberalen und Fortschrittler, die für Arbeiter und Handwerker eine Anrechnung der Dienstzeit in anderen Reichsbetrieben wünscht.

Der Rest der Ausgaben wird debattelos bewilligt.

Es folgen die Einnahmen.

**Ulrich (M.):** Angesichts der großen Mehreinnahmen sollte man Nachbargläubigen, wie Frankfurt a. M. und Offenbach, die Ortstage gewähren, die von den Handelskammern beider Städte beantragt ist. Beide Städte haben infolge ihres starken gegenseitigen Verkehrs ein großes wirtschaftliches Interesse daran. Des weiteren wünscht Redner, daß Briefe von Berlin nach Offenbach nicht erst nach Frankfurt a. M. gehen, wodurch empfindliche Verspätungen für die Geschäftsleute Offenbachs entstehen.

**Staatssekretär Kräfte:** Sollte die letzte Beschwerde zutreffen, so wird für Abhilfe gesorgt werden. Frankfurt und Offenbach waren bisher noch nicht so zusammengekommen, daß die Bedingungen für den Nachbarortverkehr zu treffen. Doch hoffe ich, daß das in naher Zukunft der Fall sein wird.

Die Einnahmen werden bewilligt. Die nationalliberale und volksparteiliche Resolution auf Ausdehnung der Portofreiheit für Pakete an Soldaten wird angenommen.

Beim Etat der Reichsdruckerei kommt

**Becker-Ursberg (M.)** auf seine Behauptung vom vorigen Herbst zurück, daß Mitglieder des Gutenberg-Bundes in der Reichsdruckerei vom Buchdruckerverband terrorisiert werden und sucht durch einen Brief eines Wilhelm Becker vom Jahre 1907 und eine Postkarte eines Richard Sachs vom Jahre 1905 zu beweisen, daß diese infolge solchen Terrorismus aus dem Gutenberg-Bund ausgetreten und zum Buchdruckerverband übergetreten seien.

**Direktor im Reichspostamt M s c h e n b o r n:** Der Direktor der Reichsdruckerei ist nicht bekannt, daß Mitglieder des Bundes von denen des Verbandes terrorisiert werden. Es hätte der Direktor aber bekannt sein müssen, wenn die Betreffenden den Mut gehabt hätten, den Mund aufzutun. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Direktion hat sich an den Gutenberg-Bund gewandt und erfahren, daß dort zwei Fälle bekannt sind, in denen Mitglieder des Bundes erklärt haben, sie seien durch das Verhalten der Mitglieder des Verbandes dazu geführt worden, aus dem Gutenberg-Bund auszutreten. Es ging aber nicht daraus hervor, in welcher Weise ein Terrorismus ausgeübt worden ist. Zudem liegen die beiden Fälle 7 bis 8 Jahre zurück. (Hört, hört! b. d. Soz.) Terrorismus würde die Direktion nicht dulden.

**Hildenbrand (M.):** Herr Becker hat durch die von ihm vorgelesenen Urkunden selbst bewiesen, daß seine alte Behauptung vom Terrorismus des Verbandes in der Reichsdruckerei unrichtig war, er hat aber trotzdem seine Behauptung nicht zurückgenommen, sondern eine Arbeiterorganisation, die er ihrem Wesen nach kennen muß, in ungerechtester Weise denunziert und verdächtigt. Er hat unkontrollierbare Schwägerereien einzelner Leute vorgebracht. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Gerade die Neutralität des Verbandes hat bewirkt, daß neun Jhehtel aller Buchdrucker ihm angehören. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gerade diese Neutralität hat dem Gutenbergbund das Geschäft verdorben. Daher ihre elende Denunziationen. (Beif. b. d. Soz., Vizepräsident D o v e rügt den Ausdruck.)

**Becker-Ursberg (M.):** In den Tarifinstanzen sieht kein einziges Mitglied des Gutenbergbundes, das beleuchtet die Gerechtigkeit des Verbandes.

**Hoffmann-Kudolfski (M.):** Es ist charakteristisch, daß solche Angriffe gegen den Buchdruckerverband in dem Moment erfolgen, wo er dabei ist, den Frieden im Gewerbe wieder auf Jahre hinaus zu sichern. Der Ärger des Herrn Becker kommt daher, daß er trotz der neutralen Haltung und Taktik des Verbandes keine Befolge bei den katholischen Arbeitern hat. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Behrens (M.), Hildenbrand (M.) und Erzberger (M.) schließt die Diskussion.

**Der Etat der Reichsdruckerei wird bewilligt.** Die Wahlen der Abg. Fürst zu Salm (M.), Colhorn (M.), Dietrich (M.) und Sperlich (M.) werden für gültig erklärt. Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Blund (M.) bringt

**Dr. St u r u e (M.)** einen Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ zur Sprache, der behauptet, er, Struve, habe im Wahlkreise Londern ein Flugblatt gegen den nationalliberalen Kandidaten unter den Anhängern des Bundes der Landwirte in einer Form verbreitet, die den Anschein erwecke, als ob das Flugblatt von der Leitung des Bundes der Landwirte herrührte. An diesem frivolsten Angriff auf seine persönliche Ehre sei kein Wort wahr.

**Derfel (M.):** Ich habe den Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ nicht eher gelesen als Dr. Struve. Abg. Struve hat sich die „Deutsche Tageszeitung“ auf die Feststellungen in dem Protokoll nicht in der Kommission berufen. Ob ich den Artikel billige oder nicht, darüber bin ich dem Hause keine Erklärung schuldig.

**H o f f (M.):** Ich stelle fest, daß Dr. Derfel über den unerhörten, frivolsten Angriff seines Blattes gegen ein Mitglied dieses Hauses kein Wort des Bedauerns gefunden hat. (Lebh. Hört, hört! links.) Der Verfasser dieses Artikels hat seine Behauptung wider besseren Wissens aufgestellt.

**St a d t h a g e n (M.):** Wichtig ist, daß in dem Wortlaut des Protokolls die Behauptung vorkommt, es sei festgestellt, Herr Struve sei Verfasser des Flugblattes. Das ist doch hinlänglich verschieden davon, daß diese „Feststellung“ wirklich erfolgt ist. Gegen diese moralwidrige Verwirrung der Begriffe sollte gerade die „Deutsche Tageszeitung“, deren Leser ja besonders schwerfällig sein sollen, (Heiterkeit) Franz machen. (Lachen rechts.) Dieses Lachen beweist die konservative Moral. (Unruhe rechts.)

**S c h w a r z e - L i p p s t a d t (M.):** Das Haus ist nicht dazu da, um solche Streitigkeiten mit Redaktionen zu erledigen. Dazu ist der Paragraf 11 des Verfassungsgesetzes da. (Bravo! rechts.)

**Graf Westarp (M.):** Die konservative Partei als solche geht der Artikel nichts an. Aber Herrn Stadthagen haben wir gelacht, weil nie so, wie hier, das Wort paßte: Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. (Bravo! rechts.)

**Derfel (M.):** Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nicht behauptet, in der Kommission sei festgestellt, sondern in dem Protokoll sei festgestellt. Nach Dr. Struves Erklärung nehme ich loyalerweise an, diese Feststellung war falsch.

**Dr. St u r u e (M.):** Kein Wort des Bedauerns oder der Entschuldigung vom Abg. Derfel, dem Vertreter einer Partei, die nach einer Lex Wagner ruft, weil die Presse nicht scharf genug bestraft werden kann, für persönliche Vermisglimpfungen! Das ist charakteristisch.

Damit schließt die Diskussion.

Die Wahl des Abgeordneten Dr. Blund wird für gültig erklärt.

Mit den Wiedersehenswünschen des Präsidenten für die Abgeordneten schließt die Sitzung.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 16. April, nachmittags 2 Uhr. (Etat der Reichseisenbahn und des Reichseisenbahnamtes.)

Schluß 7 1/4 Uhr.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Streik in der Metallindustrie in Frankfurt a. M.** Die Arbeiter der Adlerwerke, vorm. Kleyer, nahmen Mittw. nach abend Stellung zu den eingereichten Forderungen. Die Firma lehnte jede Verhandlung ab. Darauf beschloßen die Arbeiter mit 2150 gegen 118 Stimmen, Freitag die Arbeit einzustellen. Derselbe Beschluß wurde gefaßt von den Arbeitern der Firma Mayfarth u. Co., landwirtschaftliche Maschinenfabrik. Dort wurden abgegeben 611 Stimmen, davon 556 für die Arbeitseinstellung am Freitag. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, nochmals Verhandlungen nachzusuchen, und falls diese nicht gewährt werden, Freitag die Arbeit einzustellen.

**Zum Bergarbeiterstreik in England.** Das Unterhaus nahm, wie schon kurz berichtet, die Minimallohnvorlage am 27. d. Mts. mit 213 gegen 48 Stimmen an. Die Arbeitervertreter stimmten dagegen. Die Bergarbeiter hatten auf einer Konferenz beschlossen, die Arbeiterpartei zu ersuchen, gegen die Minimallohnvorlage zu stimmen. Wie entschieden die Arbeitervertreter gegen die Vorlage sind, ergibt sich aus dem Umstande, daß ein Amendement, das gestellt wurde und in dem gefordert wurde, die Arbeitervertreter sollten sich bei der Abstimmung über die Minimallohnvorlage der Stimme enthalten, nur 12 Stimmen von 161 erhielt. Eine Konferenz der Bergarbeiter beschloß eine Urabstimmung über folgende Fragen vorzunehmen: Sind Sie zur Wiederaufnahme der Arbeit während der Festsetzung der Minimallohne für die verschiedenen Distrikte durch die nach dem Minimallohngesetz zu ernennenden Distriktsämter? Zur Entscheidung der Frage ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Aus dem Bericht, die man von Delegierten aus allen Revieren hört, ist es so gut wie sicher, daß auch die Streikenden wie ihre Vertreter die Vorlage ablehnen und gegen die Wiederaufnahme der Arbeit stimmen werden. Wahrscheinlich wird man jetzt nicht eher wieder zur Arbeit zurückkehren, bis die Minimallohne in allen Revieren von den gemeinschaftlichen Distriktsämtern festgelegt worden sind. Die kapitalistische Presse redet sehr viel dummes Zeug über den bevorstehenden Zusammenbruch des Streiks, weil in ein oder zwei Gruben einige organisierte Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben. Wenn alle unorganisierten Untertagsarbeiter in Großbritannien die Arbeit wieder aufnehmen, so würde das dem Streik wenig Abbruch tun. Die Wahrheit ist, daß augenblicklich die Bergarbeiter fester entschlossen sind, ihre Forderungen durchzusetzen, denn je zögernder eine Zeit. Das drückt sich nicht allein in den in den Streikversammlungen angenommenen Resolutionen aus, sondern auch in der Haltung ihrer Vertreter auf den Konferenzen der Bergarbeiterföderation. Auf die Frage, wie lange der Streik wohl noch dauern könne, erhielten wir von uns befreundeten Bergarbeiterführern sehr verschiedene Antworten. Einer meinte, zwei bis drei Wochen, ein anderer zwei Monate. Jedenfalls kann man sich noch auf einen langen und heißen Kampf gefaßt machen, der noch unabweisbare wirtschaftliche und politische Folgen haben wird.

## Aus Nah und Fern.

**Die Tragödie in der Kaserne.** In der Kaserne des Infanterie-Regiments Nr. 18 in Osterode erschoss am Donnerstag mittag der Soldat Gherleben den Hauptmann Reetfch. Der Soldat tötete sich dann durch einen Schuß in den Kopf. Über die Ursache dieser Tragödie, die lebhaft an die Ermordung des Rittmeisters v. Kroßig in Gumbinnen erinnert, liegen genaue Nachrichten noch nicht vor. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Osterode telegraphiert, daß der Hauptmann Reetfch gegen seine Untergebenen sehr streng war. — Es muß verlangt werden, daß der Reichsgewerkschaftsminister ungefährdet durch einen besonderen Kommissar eine eingehende



**Untersuchung über die Ursachen dieses Vorfalles** vornehmlich nicht, namentlich nach der Richtung hin, wie der erschossene Hauptmann seine Untergebenen behandelt hat. Selbstverständlich dürfte das Ergebnis dieser Untersuchung sofort der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

**Ein Raubmord.** Aus Verdau (Sachsen) wird gemeldet: Der seit mehreren Wochen vermiste Gastwirt Karl Ungerlitz aus Ruppertsgrün bei Verdau ist gestern mittag von seinem Sohn im Keller der Gastwirtschaft tot aufgefunden worden. Die Leiche lag zwischen einigen Fässern mit Decken und Erde zugebedeckt. Es wird angenommen, daß Angekl. einem Raubmord zum Opfer gefallen ist.

**Schreckliche Tat eines Wahnsinnigen.** In Moldau, Provinz Bosen wurde eine schreckliche Tat verübt. Dort band der Grundbesitzer Thim in seiner Frau Arme und Beine zusammen und schlug dann mit einer Axt ein, bis sie tot war. Der anschließend geisteskrank gewordene Täter wurde dann nach dem Felde umher, bis der Polizei verhaftet wurde.

**Großfeuer in Konstantinopel.** Das Palais des Ministeriums des Äußern ist vollständig niedergebrannt. Das Feuer brach im Kamin aus und dehnte sich zunächst auf die oberen Geschosse aus, so daß die in den unteren Geschossen befindlichen sehr wertvollen Möbel zerstört werden konnten. Das Feuer griff dann so schnell um sich, daß das Gebäude, das aus Holz bestand, nicht mehr gerettet werden konnte. Menschenleben sind nicht zu bezweifeln. Man mußte sich darauf beschränken, die benachbarte deutsche Botschaft vor dem Feuer zu schützen, was auch gelang.

**Großer Diebstahl.** In Genoa verübten unbekanntes Täter einen frechen Diebstahl. Sie drangen in der Mittagspause in das Bankhaus Jesou ein, erbrachen die Kassen und raubten bares Geld und Wertpapiere im Werte von 450 000 Lire. Von den Tätern hat man noch keine Spur.

**Literarisches.**

Die Jahre der Geschlechtsreife von Dr. Popik, Heft 29 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Die geschlechtliche Entwicklung bedingt die gewaltigste Umwälzung im jungen Menschen, an die Stelle des bis dahin langsam, aber stetig fortschreitenden Wachstums des Körpers und seiner Organe tritt eine fast ruckweise einsetzende Vergrößerung, Verbreiterung und Vertiefung der Gestalt; Stamm und Extremitäten, Herz und Gefäße, Lungen und Kehlkopf, Hirn und Sinnesorgane erfahren bei beiden Geschlechtern so eingehende Veränderungen, daß das Individuum leicht in Gefahr gerät, darüber das Gleichgewicht, das körperliche und seelische Gleichgewicht zu verlieren. Mit dem beschaulichen Dasein des Kindes, mit der Befangenheit von Adam und Eva, bevor sie vom Baum der Erkenntnis genascht haben, ist es vorbei, das Geschlechtswesen erwacht mit seinem Wechsel von Lust und Leid, „Himmelhochjauchzend, zu Tode betrübt“. Dieser Zeit der Geschlechtsreife, die so überaus leicht zu Gesundheitsstörungen Anlaß gibt, besonders wenn nicht von Seiten der Umgebung (Haus und Schule) beizzeiten vorgebeugt und den Gefahren

abgewehrt wird, dieser Zeit der Blüthezeit und wachsenden Lungenerkrankungen, der Neurosthenie und Hysterie, der Onanie und anderen perversten Neigungen ein besonderes Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek zu widmen, ist gewiß berechtigt. Die vorliegende mit reicher Kenntnis und Liebe geschriebene Arbeit des Leipziger Arztes, die nach einleitenden Kapiteln über die Physiologie und Pathologie der Entwicklungsjahre in ausführlicher und ungeschönter Weise die geschlechtliche Entwicklung und deren Erlebensäußerungen behandelt, darf des Interesses unserer Arbeiterväter und -mütter sicher sein und so mancher jugendliche Leser der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek wird daraus reichen Gewinn und reiche Belehrung davontragen. Zu beziehen zum Preise von 20 Pf. — in guter Ausgabe 50 Pf. — durch alle Parteiluchhandlungen und Expeditionen sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW 68.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.  
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Inserate**

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

**Bekanntmachung.**

Beim Polizeiamt sind wiederholt Klagen darüber vorgebracht worden, daß Bäume und Sträucher in den Forsten und Anlagen sowie an öffentlichen Wegen durch Abbrechen und Abreißen von Zweigen besonders im Frühjahr in erheblichem Maße beschädigt werden. Das Polizeiamt nimmt daher Veranlassung darauf hinzuweisen, daß derartige Beschädigungen auf Grund des Feld- und Forstpolizeigesetzes verboten sind. Die Schutzmannschaft ist angewiesen worden, gegen diese Übertretungen einzuschreiten und Zuwiderhandelnde zur Anzeige zu bringen.

Lübeck, den 27. März 1912.  
Das Polizeiamt.

**Bernhard Schroeder**  
Martha Schroeder geb. England  
Vermählte.  
Für die vielen Geschenke sowie Gratifikationen zu unserer Hochzeit dankend herzlich  
D. O.

Heute morgen 6 1/2 Uhr entschlief plötzlich u. unerwartet im 54. Lebensjahre mein unvergeßlicher Mann und meiner Kinder treusorgender Vater

**Ludwig Wiese.**  
Dies zeigen tiefbetrübten Herzens an  
Ww. Wiese nebst Kindern und Verwandten.  
Neusefeld, den 27. März 1912.

Die Beerdigung findet am Montag 8 Uhr von der Leichenhalle Neusefeld aus statt.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten.  
Eilerbrook 3.

Durch Zufall zum 1. April ein großes leeres Parterre-Zimmer für eine alleinlebende Frau oder Mann zu vermieten.  
Böttcherstr. 29, 1.

**Frauen gesucht**  
August Schumacher  
Ernestinenstraße 3.

**Pfleger**  
gesucht für die hiesige Idiotenanstalt. Meldung daselbst Klosterstraße 10.

**Ein Stubentisch**  
zu kaufen gesucht.  
Näheres in der Expedition d. Bl.

Umständehalber beabsichtige ich mein im Mölla l. L. belegenes Gast- und Logierhaus „International“

nebst Gewerkschaftsherberge unter günstigen Bedingungen bei 1000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Nachweislich sichere Existenz. Näheres durch den Besitzer  
Wilhelm Kühn, Am Markt 10.

Ein Haus mit 2 Drei-Stuben-Wohnungen und massivem Stall zu verkaufen.  
Näheres Bülowstraße 25a.  
Billig zu verkaufen ein 4-rädiger Viehwagen  
Ernststraße 25.

**Eine Scheidemilchbatterie**  
zu verkaufen. Preis 5 Mark.  
Fächtingstraße 41, part.

**Cocosa**  
Feinste Pflanzen-Butter  
MARGARINE  
Holl. Metz. Werke Jürgens & Prinzen-Gmb.H. Goch. Rind.

Wer kauft leere Weinflaschen und andere Flaschen? Angeb. u. D P an die Exped. d. Bl.

Brodesstraße 49  
enthaltend 3 abgeschlossene Wohnungen billig zu verkaufen.

Billig zu verk. ein Jahrg. Freya, Wild. aus Ldb. Vergangen, Hohenholtern-Beagde. Düvelenstr. 9.

Bunte Hirsch-Niesen-Bohnen und Schalotten zu verkaufen.  
Brodesstraße 18, part.

Fast neuer dunkelblauer Sig. u. Liegewagen und Kohlenplättchen zu verkaufen. Mittelstraße 23.

Ein Sportwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen.  
Welthoffstraße 53, III, rechts.

Ein sehr gut erhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen.  
Friedenstraße 3, I.

**Schulbücher**  
zu verkaufen. Schützenstr. 60, vt.

**Eine feststehende Glude**  
zu verkaufen. Pelzerstraße 5 a.

Sonnabend sind Ferkel u. Zügel zu verkaufen.  
Gasthof zur Linde, Schlutup.

**1 Zügel (Borg) zu verk.**  
Vorwerk, Boasstraße 20.

**Kartoffelland**  
wird vermessen am Sonntag, dem 31. März, morgens 7 Uhr beim Struckteich, 8 Uhr an der Triftstraße.  
G. Carsten, Vorwerk.

**Kartoffelland**  
wird nicht am Sonnabend morgen verpachtet, sondern Sonnabend, d. 30. März, abends von 5 Uhr an und Sonntag morgen von 7 Uhr auf der Koppel hinter Hartwig's Baumschulen (Gingang Triftstraße).  
Quadratrate 60 1/2. Gebr. Reshöft.

**Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten.**  
Von Dr. G. Sebert.  
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.  
Zu beziehen durch die

**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

- Ba. frische kleine Schinken zum Braten im ganzen 80 Pf.
- geräuch. Schweinsbacken ohne Knochen 70 Pf.
- Schmalz mit Speckwürfeln Pfund 70 Pf.
- Gisbein frisch und gepöckelt 55 Pf.
- Leberwurst Hausmacher, delikat von Geschmack Pfund 90 Pf.
- Sardellen-Leberwurst delikat von Geschmack Pfund 100 Pf.
- ger. fetter Speck fermige Stücke von 1-2 Pf., p. Pf. 60-70 Pf.
- ff. Aufschnitt per Pfund 120 Pf.

**M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.**

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

**Meggendorfer-Blätter**

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst  
2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47

**Kein Besucher der Stadt München**  
sollte es verkämen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu beschätigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

**Konfirmations-Karten**  
in großer Auswahl  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46  
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

**Frau School, Hebamme,**  
wohnt Balanertor 35.

**Konfirmanden-Hüte**  
in allen Preislagen  
**Walter Stalbohm**  
Huxstraße 26.

**Zur Aussaat:**  
Ia. große Bohnen Pfd. 40 Pf.  
Ia. Schnabel-Erbien Pfd. 70 Pf.  
Kruppbohnen.  
Ia. Verlobenen Pfd. 0.80 u. 1.20 Mk.  
Ia. Nierenbohnen Pfd. 80 Pf.  
Ia. Hinz. Riesen, weißgr. 1.60 Mk.  
Ia. Hinz. Riesen, bunt Pfd. 1.40 Mk.  
Sämtl. Samen billigt.  
**Fritz Derlien, Huxstr. 107.**

Zum Palmsonntag:  
ff. Palmkuchen ::  
**Tortem. Schlagsahne Thies,**  
Bäckerei, Loiqustraße 14.

**Empfehle z. Palmsonntag:**  
Dochf. Kalbfleisch Pfd. 60-65 Pf.  
Kalbfleisch 70-75 Pf.  
Pa. Schweinebraten 80 Pf.  
Ferkel. Rindfl. 70 Pf.  
Bratenstücke 75-80 Pf.  
Kollf. Pfd. 90 Pf. Beeff. 1.20 Mk.  
Gulasch u. Schacktes Pfd. 80 Pf.  
Krautb. m. Käse Pfd. 80-90 Pf.  
Krautb. m. Speck Pfd. 70-80 Pf.

**Hermann Atmer,**  
Schlachtere, Königstr. 48 b.

Empfehle:  
**Prima Ochsen-, Kalbs- und Schweinebraten**  
sowie große Auswahl in Wurst und Aufschnitt.  
Aufschnitt von 1.20 Mk. an  
**Erich Helm**  
Fleischhauerstraße No. 54.

**Empfehle z. Palmsonntag:**  
Pa. jung. fettes Rindfleisch, Kalb- u. Schweinefleisch sowie ff. Aufschnitt Pfd. 1.20 Mk.  
**F. Fockenbrock**  
Glockengießerstraße 73.

Diese Woche  
Kerntetes Rindfleisch Pfd. 70 Pf.  
Kalbfleisch Pfd. von 60 Pf. an  
Schweinef., Leberwurst Pfd. 70 Pf.  
**Fritz Möller, Watenhauerstr. 86**

  
Sente und folgende Tage:  
**prima jung. fett. Fleisch**  
sehr dicke Stücken  
**Ernst Wulfi,**  
Danwartgrube 34.



# Vorteilhaftes KONFITÜREN-ANGEBOT

- Himbeer-Bonbons . . . 1/4 Pfd. 15<sup>⁄</sup>ₐ
- Eis-Bonbons . . . . . 1/4 Pfd. 15<sup>⁄</sup>ₐ
- Malz-Bonbons . . . . . 1/4 Pfd. 15<sup>⁄</sup>ₐ
- Gelee-Himbeeren . . . 1/4 Pfd. 18<sup>⁄</sup>ₐ
- Pfefferminz-Muscheln 1/4 Pfd. 18<sup>⁄</sup>ₐ
- Althee-Bonbons . . . 1/4 Pfd. 20<sup>⁄</sup>ₐ
- Creme-Pralines . . . 1/4 Pfd. 20<sup>⁄</sup>ₐ
- Likör-Bohnen . . . . . 1/4 Pfd. 20<sup>⁄</sup>ₐ
- Rahm-Bonbons i. Pap. 1/4 Pfd. 25<sup>⁄</sup>ₐ
- Kognak-Bohnen . . . 1/4 Pfd. 40<sup>⁄</sup>ₐ
- Erfrischungs-Pralines 1/4 Pfd. 40<sup>⁄</sup>ₐ
- Marzipan-Pralines . . 1/4 Pfd. 40<sup>⁄</sup>ₐ
- Walnuß-Pralines . . . 1/4 Pfd. 40<sup>⁄</sup>ₐ

**Osterhasen, Ostereier sowie Osternippes**  
in großer Auswahl zu billigen Preisen.

- Chinesischer Tee**
- Haushalt-Tee . . . . . 1/4 Pfd. 50<sup>⁄</sup>ₐ
  - Familien-Tee . . . . . 1/4 Pfd. 75<sup>⁄</sup>ₐ
- Indischer Tee**
- Breakfast-Tee . . . . . 1/6 Pfd. 50<sup>⁄</sup>ₐ
  - Afternoon-Tee . . . . . 1/6 Pfd. 60<sup>⁄</sup>ₐ
  - Five o'clock-Tee . . . 1/6 Pfd. 70<sup>⁄</sup>ₐ

- Honig**
- Kunsthonig mit Glas . . 1 Pfd. 45<sup>⁄</sup>ₐ
  - Bienenhonig garantiert rein mit Glas 1 Pfd. 85<sup>⁄</sup>ₐ
  - Heidehonig garantiert rein mit Glas 1 Pfd. 95<sup>⁄</sup>ₐ
  - Schleuderhonig garantiert rein mit Glas 1 Pfd. 1<sup>10</sup>ₐ
  - Kunst-Marmelade 5-Pfd.-Eimer 95<sup>⁄</sup>ₐ
  - Frischobst-Marm. 5.-Pfd.-Eim. 1<sup>25</sup>ₐ

- Vanille-Bruch-Schok. 1 Pfd. 90<sup>⁄</sup>ₐ
- Block-Schokolade . . 1 Pfd. 65<sup>⁄</sup>ₐ
- Konsum-Kakao gar. rein 1 Pfd. 80<sup>⁄</sup>ₐ
- Haush.-Kakao gar. rein 1 Pfd. 1<sup>20</sup>ₐ
- Haushalt-Kakes . . . . 1/4 Pfd. 15<sup>⁄</sup>ₐ
- Wilhelm-Kakes . . . . 1/4 Pfd. 20<sup>⁄</sup>ₐ
- Hansa-Kakes . . . . . 1/4 Pfd. 20<sup>⁄</sup>ₐ
- Familien-Kakes . . . . 1/4 Pfd. 25<sup>⁄</sup>ₐ
- Halbmond-Kakes . . . 1/4 Pfd. 25<sup>⁄</sup>ₐ
- Warmbrunn. Gebäck 1 Pfd. 35<sup>⁄</sup>ₐ
- Schokoladen-Waifeln 1/4 Pfd. 45<sup>⁄</sup>ₐ
- Sahnen-Nuß-Schokol. Tafel 20<sup>⁄</sup>ₐ
- Schokolad.-Plätzchen 1/4 Pfd. 25<sup>⁄</sup>ₐ


**Apfelsinen** :: sehr süß und saftig ::  
darunter edle Blutfrüchte

Milch-, Sahne-, Fondant-  
**Tafel-Schokolade**  
Marke „Erka“ . . . . . Tafel 15 20 25 40<sup>⁄</sup>ₐ

Dtzd. 30 45 65 80<sup>⁄</sup>ₐ 1<sup>00</sup>ₐ  
Bei Abnahme ganzer Kisten Hamb. Engrospreise.

**Schweizer Tafel-Schokolade**  
Suchard, Cailler, Gala Peter, Lindt.

## Rudolph Karstadt, Lübeck.



### Meine Frau Matilde,

ich und meine Kinder, wir alle kaufen unsere Garderoben nur im Kaufhaus S. Ittmann, Breite Straße 33, I. Abgesehen davon, dass wir bei der grossen Auswahl billig und kulant bedient werden, haben wir den Vorteil, dass wir das Gekaufte in wöchentlichen oder monatlichen Raten zahlen können. Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.

### Allen voraus

sind unsere Fabrikate in Paßform und Haltbarkeit bei konkurrenzlos :: billigen Einheitspreisen. ::

Jedes Paar Herren- oder Damenstiefel  
Spezialmarke

## 7<sup>25</sup>

Mk.

Original Goodyear-Welt  
Ersatz für Handarbeit

## 9<sup>50</sup>

Mk.

„TURUL“ SCHUHFABRIK  
A.-G.

Alfred Fränkel  
Kom.-Ges

120 eigene Filialen.

Verkaufsstelle:  
**Lübeck, Breite Strasse 49.**



### Fahrräder und Nähmaschinen

in großer Auswahl empfiehlt  
**W. Wiencke, Schwartau, Lübeckerstraße 4.**  
Fahrradhandlung u. Reparatur-Werkstatt.

### Gröfzung

einer Flaschenbier-, Selters-,  
Brause-, Tabak- u. Zigarren-  
Handlung  
am 1. April Heinrichstraße 6.  
Um gütigen Zutpruch bittet  
E. Roocks.

Empfehle meine große Auswahl  
in  
**Ochsen-, Kalb- u. Schweinebraten**  
sowie sämtliche Fleisch- und Wurstwaren  
in bekannter Güte.

Als ganz besondere Spezialität: ff. Ausschnitt ff.

## H. Spangenberg

Fabrik feiner Fleisch und Wurstwaren  
Schwartauer Allee 59, Ecke Ludwigstraße.

Bringe meine  
Tabak-, Zigarren- und  
Zigaretten-Handlung  
in freundliche Erinnerung.

## August Riecken

Schwartauer Allee,  
Ecke Westhofstraße.

### Die Fraktionsbilder

sind jetzt wieder vorrätig.  
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

## Konfirmations-Geschenke. \* Bedarfs-Artikel.

<ul style="list-style-type: none"> <li>Handtaschen, enorme Auswahl</li> <li>6, 5, 3.50, 3, 2.50, 1.60, 95<sup>⁄</sup>ₐ</li> <li>Kolliers 1.75, 1.25, 1.00, 50<sup>⁄</sup>ₐ</li> <li>Uhrketten 2, 1.50, 1, 50, 20<sup>⁄</sup>ₐ</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Schmuck- u. Handschuhkasten 50<sup>⁄</sup>ₐ</li> <li>Broschen 2, 1.50, 1, 50, 40, 20<sup>⁄</sup>ₐ</li> <li>Portemonnaies 1.50, 1.25, 1, 75, 50</li> <li>Schreibzeuge . . . 1.50, 1, 65, 50</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Weingläser . . . 30, 28, 22, 17</li> <li>Likörgläser 25, 20, 12, 10, 6</li> <li>Tablette 1.25, 1, 65, 40, 25</li> <li>Kuchenteller 1, 85, 75, 35, 20</li> </ul>
--	--	--

**Konfirmations - Karten 15 12 10 8 6 3 2<sup>⁄</sup>ₐ**

# Riesen-Bazar

Bredte Straße 33. Pietro Cagna. 4 Prozent oder Rabattmarken.



# 2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 76.

Freitag, den 29. März 1912.

19. Jahrg.

## Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 28. März 1912.

Der Vorsitzende Dr. G ö r g eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min.

Senator Dr. F e h l i n g erklärt die Zustimmung des Senats zu den abgeänderten Beschlüssen beim Voranschlag seitens der Bürgerschaft.

Vorsitzender Dr. G ö r g schlägt vor, über die drei ersten Senatsanträge die Generaldebatte zusammenzuführen.

Dem Vorschlag wird zugestimmt. Die Anträge lauten:

1. Gewährung eines Darlehens an die Kühlhaus-Aktien-Gesellschaft Lübeck.

2. Erweiterung des Schlachthofes.

3. Erweiterung der Quarantäneanstalt.

F u s t: Seit einer Reihe von Jahren hat die Quarantäneanstalt erhebliche Überschüsse abgeworfen; unsere Position wird noch verbessert werden durch Aufhebung der Sperre gegen Schweden. Seit 1908 hat sich die Zufuhr nach Lübeck verdoppelt, dadurch wird die Schaffung weiterer Räume notwendig. Alles was mit der Schlachtereier zusammenhängt verdient erhebliches Geld, durch die Erweiterungen werden die Beteiligten noch steuerkräftiger. Wenn wir den Viehbesitzern durch Errichtung eines Kühlhauses Gelegenheit geben, die Ware verpackt zu halten, wird sich der Umsatz noch steigern. Würde z. B. die Maul- und Klauenseuche wiederholt ausbrechen, könnte es vorkommen, daß uns die Leute verlassen und Quarantänen aufsuchen, die mit Kühlhäusern verbunden sind. Die neuesten ganz scharfen Bestimmungen über die Maul- und Klauenseuche erfordern sofortiges Abschachten sämtlichen vorhandenen Viehes, und dafür muß Raum geschaffen werden. Im Interesse von Handel, Gewerbe und Industrie liegt die Annahme der Anträge.

H e y e fordert äußerste Vorsicht bei dem neuen Unternehmen. Was dabei herauskomme, müsse in die Staatskasse fließen. Unsere Schlachthofgebühren seien die aller niedrigsten in ganz Deutschland, deshalb können sie erhöht werden; sie wären dadurch noch nicht am höchsten. Durch unser eigenes Kapital brauche der Schlachthof nicht erweitert werden, deshalb beantrage er den Senatsantrag mangels genügender Begründung abzulehnen, sowie auch die Kühlhausanlage.

Senator S t r a c k: Das Schlachthaus bringt uns so viel ein, wie die Ausgaben betragen. Wir wollen nicht auf überflüssig hinarbeiten. Unsere Geschäftslage auf dem Schlachthofe wird durch die Heranziehung einer recht großen Exportschlachtereier nur gehoben.

Dr. S c h l o m e r: Ich begrüße es, wenn der Senat auf die Wünsche Fleisches nicht eingeht. Eine Erhöhung der Schlachthofgebühren würde eine Verteuerung des Fleisches bedeuten, das uns das Reich schon so verteuert hat, daß wir eine noch höhere nicht begehren. Für den Staat Lübeck haben die Sperrmaßregeln des Reiches neben den vielen Nachteilen den Vorteil, daß durch die Quarantäne sich der Import hier konzentriert. Aber die Befehle bleiben auch bei erweiterter Quarantäne bestehen. Wir stimmen dem Antrage auf Erweiterung des Schlachthofes und der Quarantäneanstalt zu und hoffen, daß wir dadurch für Lübeck etwas billigere Fleischpreise erhalten, als in anderen Orten. Auch das Kühlhaus begrüßen wir als solches sehr und erwarten auch dort Vorteile für den Fleischimport wie für alle andern Zweige, die dort ihre Ware aufbewahren. Aber gegen die Art der Gründung des Kühlhauses sind verschiedene Einwände zu erheben, und zwar aus ähnlichen Gesichtspunkten heraus wie bei Verquickung der Gasanstalt mit dem Hochofenwerk. Ehe man sich mit einer Privatgesellschaft einläßt, sollte man sich überlegen, ob solche Betriebe nicht in eigene Regie zu übernehmen sind. Erstens werden dadurch die Staatseinnahmen erhöht und zweitens wird das Unternehmen mehr aus dem Gesichtspunkte des Allgemeininteresses betrieben. Wir werden auch durch die Tatsache

unterstützt, daß Kühlhauserrichtungen vielfach mit Schlachthäusern verbunden werden und nützlich sind. Der Einwand, daß der Betrieb der Kühlhäuser anderer Städte nicht für das unsrige maßgebend sei, mag dahingestellt bleiben, denn es soll nicht für den Bedarf des Schlachthaus, sondern auch dem Export dienen. Ich will den Einwand nicht weiter erörtern, glaube jedoch, daß sich hier der Staat zu wenig zutraut, vor allem der Lübecker Staat, der sich von anderen Städten schon insofern unterscheidet, daß wir in den Behörden Kaufleute sitzen haben; auch im Finanzdepartement. Schon aus diesem Grunde müßten wir uns veranlassen lassen, den Betrieb in eigene Regie zu nehmen. Einer Behörde wie die unsrige für städtische Gemeindepflichten, die schon verschiedene Institute verwaltet, wie z. B. die Elektrische Bahn oder das Finanzdepartement, das für die Industriefabriken und Travemünde gut Bekanntschaft zu machen versteht, ist doch wohl zuzutrauen, auch eine Kühlhausanlage zur Blüte zu bringen. Ich sehe nicht ein, weshalb gerade ein Beamter an der Leitung dieses Unternehmens stehen soll. Weshalb soll man nicht direkt einen Kaufmann, aus dem Geschäftsleben nehmen und kaufmännische Gesichtspunkte anwenden können. Solches Vorgehen könnte man mit Freuden begrüßen, denn wir würden den Erfolg für uns haben. Wenn das Kühlhaus in städtische Verwaltung genommen würde und die Angaben des Prospekts auf Tatsachen beruhen, müßte das Unternehmen gewinnbringend sein, so daß wir mit Freuden den ganzen Gewinn in die Tasche stecken könnten, statt mit 4 Proz. Zins für sie zu nehmen. Sind die Tatsachen wirklich so, und ich glaube, daß sie zum größten Teil zutreffen, wäre es im Interesse unserer Finanzpolitik, diesen Gewinn für uns einzuziehen, selbst wenn wir 500 000 M. mehr anlegen müßten. Wir überlassen jetzt dieser Gesellschaft den Grund und Boden außerordentlich billig. In der Kommission wurde schon ausgeführt, wie niedrig dieser Grund und Boden eingeschätzt ist. Statt 30 und 35 M. pro Quadratmeter zu rechnen, wie es in der Schwarztauer Allee üblich ist, würden nur 25 M. angenommen. Eine Miete von 2000 M. ist für die Privatgesellschaft, die mit 10 Prozent Verzinsung rechnet, ein viel zu billiger Preis. Es wird zwar gesagt, die Gesellschaft habe kein Interesse, ihr Unternehmen in der Nähe des Schlachthofes zu errichten. Dieser Satz leuchtet mir nicht ein. Die Kühlhausgesellschaft hat dasselbe Interesse wie der Staat, das Gebäude mit dem Schlachthaus zu verbinden; bezieht sie doch einen beträchtlichen Teil ihrer Einnahmen gerade aus dem Schlachthaus. Die Kühlräume in der Markthalle wurden ja deswegen nicht benutzt, weil sie vom Schlachthof zu weit ablagen. Wenn dem Vertrag zugestimmt werden soll, muß der Einfluß der Stadt auf die Verwaltung hinreichend gesichert sein. Ferner müßten mehr Aktien übernommen werden, um eine entscheidende Stimme im Aufsichtsrat zu erlangen. So hat der Vertreter nur beratende Stimme und weiter nichts zu sagen. Andere Städte sehen darauf, mindestens die Hälfte des Kapitals zu übernehmen, um im Aufsichtsrat und in der Leitung bestimmen zu können. Mit der jetzigen Art der Gründung sind wir nicht einverstanden und lehnen deshalb die Senatsvorlage betreffend das Kühlhaus ab. (Bravo! bei den Sen.)

Senator Dr. V i e n a u: Bei Übernahme durch den Staat wäre das Risiko weit größer, es müßten dann auch 1 200 000 Mark aufgewendet werden. Zudem arbeite eine Privatgesellschaft günstiger als der Staat. So sei nach dem Vertrage das vom Staat zugesicherte Kapital vollständig gesichert. Gewiß sei der Mietpreis von 2000 M. für ein Areal von 5600 Quadratmeter sehr gering, aber gerade dieser niedrige Preis sei für das Zustandekommen des Unternehmens die Grundbedingung gewesen. Der Plan, auf dem das Kühlhaus errichtet werde, sei somieso schon im Bebauungsplan vorgesehen. Ein Beamter des Staates habe das Recht, an den Aufsichtsratsitzungen teilzunehmen, ein Stimmrecht könne ihm nicht zugestimmt werden.

H. T h i e l unterschreibt die Senatsausführungen. Die

Erfolge unseres Schlachthofes seien auch zurückzuführen auf die gesunde Preispolitik. Redner vermißt allerdings im Bericht, daß die Schlachthofstraße dem öffentlichen Verkehr entzogen werden könnte. Sonst sei bei jeder Aufhebung einer Straße im Bebauungsplan besonderer Rat und Vorsicht geboten. Sie bilde zudem die einzige Zuwegung von St. Lorenz zu den Pösch- und Ladeplätzen. Eine in Aussicht genommene Neuerrichtung von der Brodesstraße aus bilde noch keinen genügenden Ersatz. Die Aufhebung der Schlachthofstraße gienge sich vermeiden lassen durch eine Unterführung vom Schlachthof zum Kühlhaus. Ein alter Wunsch der Bewohner von St. Lorenz-Nord ist die Fortführung der Brodesstraße über die Gleise der Güter-Lübecker Bahn und die Rangiergleise hinaus, sowie die Verbindung mit einer Klampe nach der Klappbrücke. Dadurch würde auch der Verkehr mit der inneren Stadt näher gerückt. Die Kosten würden nur 120 000 Mark betragen. Das vom Staat in Aussicht genommene Projekt mit Verbindung einer Treppe und Klappbrücke nach der Engelstraße ist vorüberhand nicht zu verwirklichen, es würde mindestens 2 Millionen Mark kosten. Eine Kommission sollte die Straßenfrage besonders prüfen. Redner stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Senator S t r a c k hält eine Kommissionsberatung für gefährlich, sie könnte zu ganz anderen Beschlüssen kommen, die der jetzigen Vorlage widersprächen. Die Schlachthofstraße müsse unter allen Umständen aufgehoben werden, dadurch werde allerdings ein Umweg von höchstens 200 Meter geschaffen, der jedoch nur für wenige Bewohner in Betracht komme. Die von H. Thiel angezogene Brückenverschiebung würde große Kosten verursachen. Würde die Schlachthofstraße nicht aufgehoben, müßte die Erweiterung des Schlachthofes sowohl wie die Kühlhausanlage fallen.

H e i n s o h n jr. bemängelt die Heranziehung auswärtiger Architekten, wodurch auch die Lieferungen nach auswärts gelängert, die ebenso gut auch hier hätten gemacht werden können. Redner bittet bei dieser Vorlage zu berücksichtigen, daß bei entsprechender Konkurrenz die Arbeiten hier bleiben und stellt zu § 4 einen Antrag, wonach die Gesellschaft verpflichtet wird, Arbeiten, die hier gemacht werden können, auch hiesigen Unternehmern zuzuführen.

Senator S t r a c k ist mit dem Wunsche einverstanden, es soll ihm nach Aussprache mit dem Syndikat entsprechen werden, doch sollte man ihn nicht als Antrag einbringen.

H u g. B a p e findet die große Beteiligung des Staates nicht richtig. Er vermißt im Kommissionsbericht die Meinung der Schlachtereier, die zuerst gegen das Projekt gewesen sei. Gewundert habe er sich auch über die erklärte Stimmenthaltung einiger Bürgerschaftsmitglieder. — Wir hätten doch sonst große Betriebsanlagen in eigener Regie geschaffen, warum könnte nicht auch der Staat ein Kühlhaus leiten. Eventuell müßte man tüchtige Kaufleute mit heranziehen, das sei ja auch eine Forderung des Hansabundes. Überhaupt müßte der einzelne Schlachter für die Kühlräume das Doppelte von dem bezahlen, was anderwärts bezahlt werden muß. Es werde hier vom Staat ganz anders verfahren als es sonst gemacht worden sei; zudem sei sehr vieles in dem Vertrag unklar. Eine eingehende Prüfung sei notwendig. Redner stellt den Antrag auf Kommissionsberatung.

Senator S t r a c k wendet sich gegen Kommissionsberatung, weil diese notwendig sei. Von der Konjunktur und der Tätigkeit einer kaufmännischen Leitung hänge natürlich viel ab. Wir müßten uns mit einer ertragreichen Beteiligung begnügen. Nützlich sei die Anlage, um den Viehexporteuren eine Sicherung gegen Seuchen usw. zu bieten.

H e y e wiederholt seine vorigen Ausführungen und betont, daß wir bis heute in Lübeck trotz allem kein billiges Fleisch gehabt hätten.

H. T h i e l: Es handelt sich hier um völlig ungeklärte Verhältnisse, für die ich eine präzise Antwort erbitte. Wird die Brodesstraße verlängert, kann ich mich eher zufrieden geben.

## Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daubert.

(2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Von Woche zu Woche wurden ihre Briefe immer herzlicher, stets dieselben Klagen, „mein Gatte — meine Kinder —“, welche über das Meer eilten, und jeden Donnerstag, — der Tag der Briefpost, — den armen Unterpräfekten, der mit dem Fernrohr die Ankunft des Schiffes aus Frankreich erwartete, bis in die Spitzen seines Backenbarts erzittern machten. Bei dem letzten Kusse, der noch schmerzlicher klang als je zuvor, faßte er einen großen Entschluß und schiffte sich ein, um den Minister aufzusuchen, da ihm in diesem Falle eine mündliche Bitte weniger gefährlich schien wie ein Brief. Da kann man manigstens sprechen, sich verteidigen und dann ist es immer leichter in der Ferne ein Todesurteil zu unterschreiben, als es in Gegenwart des Beurteilten auszusprechen. Lorie hatte richtig gerechnet. Zufälligerweise war dieser Minister ein guter Mensch, dem die Politik noch nicht das Herz erstarren hatte, und der sich auch bewegt fühlte von dieser kleinen Familiengeschichte, welche sich hier in seine von Ehrgeiz zusammengebrachten alten Papierstöße verirrte hatte.

„Rehren Sie nach Cherchell zurück, mein lieber Herr Lorie.“ Bei dem ersten Beamtenwechsel ist Ihre Sache sicher!

Wie zufrieden war er, der Unterpräfekt, als er das Gitter des Platzes Beauvan durchschritt, als er in den Wagen sprang, der ihn nach dem Bahnhof führen sollte zum Sitzge nach der Touraine! Die Ankunft freilich bei Gailleton war weniger freudig. Seine Frau empfing ihn auf der Chaifelongue ruhend, die sie nicht mehr verließ, und auf der sie ihre traurigen Tage verbrachte, den großen Turm des Schlosses Ambouise anstarrend, dessen massiver und schwarzer Bau sich gleichsam breit machte gegenüber ihrer traurigen Gefangenenschaft. Seit einiger Zeit wohnte sie nicht mehr bei den Gailletons, sondern daneben bei den Pächtern, denen die Pflege des an den Garten anstoßenden Weinberges oblag.

Da die Krankheit sich verschlimmerte, wurde Frau Gailleton besorgt für ihren Fußboden und ihre Möbel, wegen des Hin- und Hergehens bei der Krankenpflege, wegen der flebrigen Arzneien und des Des der Nachtlampe. Diese alte Frau sah man vom frühen Morgen an bis zum späten Abend nur mit dem Staubbesen, Bürste und einem Stück Bodenwachs in der Hand; sie

führte das Leben eines Zimmer-Frotteiers, stets außer Atem, unfreudig, in einem absehbaren grünen Unterrock, beständig auf allen vieren kriechend, um ihr liebes Haus, das wahre Urbild einer kleinen Behausung in der Touraine, ganz blank und schmuck, mit einem rotblühenden Geranium an jedem Fenster, stets rein zu halten. Für den Garten war ihr Mann beinahe ebenso besorgt; während er den Unterpräfekten zu seiner Kranken geleitete, ließ er ihn die militärische Gradheit seiner Beet-Einfassungen bewundern, dazu alle Blumen, die so reichlich glänzten, als wäre der Staubwedel seiner Frau darübergegangen.

„Und Sie begreifen wohl, Herr Better, daß Kinder nicht hierher gepakt hätten.“ Nun sind wir aber bei Ihrer Frau. . . . Sie werden sie sehr verändert finden.“

Und in der Tat! Wie blaß, wie hohl waren die Wangen, wie mit dem Messer ausgearbeitet, und ihr armer kranker Körper verriet die Abmagerung, die Verunstaltung unter dem langen schlappen Kleide, doch Lorie bemerkte dies nicht sofort, denn die Freude ihren teuren Gatten eintreten zu sehen, gab der Frau ein so rosiges, jugendliches und lebhaftes Aussehen, als wäre sie erst zwanzig Jahre alt. Wie sie sich innig umfaßten als sie sich allein sahen, und der alte Gailleton wieder nach seinem Garten gegangen war! Endlich hatte sie ihn, sie hielt ihn fest, sie brauchte nicht zu sterben ohne einen der Ihrigen umarmt zu haben. Und die Kinder: Maurice, Fanny? Sylvanire, das Dienstmädchen, pflegte sie doch gut? Wie sie gewachsen sein müßten! Wie grausam es doch war, ihr nicht einmal ihre kleine Fanny zu erlauben!

Und dann ganz nahe, sehr leise, wegen Gailletons Rechen, der unter dem Fenster knirschte, flüsterte sie: „Nimm mich mit, nimm mich mit!“ — Wenn du wüßtest, wie ich mich hier langweile, so ganz allein, und wie dieser dicke Turm mich erdrückt. Ich bilde mir ein, er trüge daran Schuld, daß ich Guch nicht sehe.“ Und dann das egoistische Geschwätz dieser alten Narren, ihre Bestürzung, wenn das Postgeld einen Tag später ankam, der Zucker, das Brot, welches man ihr zubereitete, die großen Finger der Pächterin, die ihr weh taten, wenn diese sie auf ihr Bett trug, — von alledem erzählte sie und entließ den ganzen Groll eines Jahres voll Kummer. Lorie beruhigte sie, sprach ihr in seiner ersten Welle zu, war aber im Innern tief bewegt und schmerzlich berührt, und wiederholte die ermutigenden Worte des Ministers: „Bei dem ersten Beamtenwechsel —“, und seit einiger Zeit, Gott weiß es, wäre dieser Beamtenwechsel nicht selten. In einem Monat, in acht Tagen, vielleicht schon morgen,

konnte seine Ernennung im „Officiel“ stehen. Dann folgten schöne Einrichtungs-Projekte, eine ganze Lustspiegelung von Glück, Gesundheit, Avancement, Reichthum, wie es nur dieser in die Beamtenlaufbahn verirrte Schwärmer, der von Chemineau nichts als den raffinierten Mund und die wichtige Miene angenommen hatte, ausdenken vermochte. Und sie, den Kopf an seine Schulter gelehnt, wiegte sich in seinen Träumen, hörte ihm zu und wollte nichts als glauben trotz der dumpfen Schläge der Krankheit, welche sie durchwühlten.

Am andern Tage, an einem schönen, hellen, duftigen Morgen, wie man sie am Ufer der Loire kennt, frühstückten sie bei offenem Fenster, die Kranke noch im Bette, die Bilder der Kinder vor sich, als die hölzerne Treppe des Bauernhauses unter den mit großen Nägeln beschlagenen Schuhen des Betters erdrachte. Er hatte den „Officiel“ in der Hand, den er noch aus Gemohnheit hielt, da er früher Kanzleischreiber am Handels-Tribunal gewesen, und den er andachtsvoll las von der ersten bis zur letzten Zeile.

„Nun! Der Beamtenwechsel hat stattgefunden. — Sie sind abgesetzt!“

Er sagte es in grobem Tone, denn er hatte schon nicht mehr den Respekt des Tages zuvor vor dem höheren Staatsbeamten. Lorie ergriff die Zeitung, ließ sie aber sofort fallen, um zu seiner Frau zu eilen, deren Gesicht plötzlich erdbald geworden war; aber nein, nein, — sie haben sich getäuscht — es ist ein Irrtum.“ Der Glanz müsse gleich abgehen. In vier Stunden wird er im Ministerium sein und alles würde sich auflösen. Aber als er sie so verändert sah, die Todeszeichen auf den Wangen, erschrak er und wollte den Besuch des Doktors abwarten. „Nein, reise sofort —“ Und um ihn zur Entscheidung zu zwingen, schwor sie, daß sie sich besser fühle, und umarmte ihn beim Abschied mit einer Kraft, die ihn etwas beruhigte.

Für heute aber kam Lorie-Defresne zu spät auf dem Plage Beauvan an. Den Tag darauf empfing seine Excellenz nicht. Den dritten Tag, nachdem er zwei Stunden gewartet wurde er vorgelassen, und befand sich aber nicht dem Minister gegenüber, sondern Chemineau stand vor ihm in einem kurzen Rocke, ganz wie zu Hause.

„Ja wohl, mein Lieber, ich bin es. — Die Festung ist genommen! Seit heute früh — Sie saßen auch hier, wenn Sie auf mich gehört hätten. — Aber nein, Sie zogen es vor hierher zu kommen und sich absetzen zu lassen — das haben Sie nun davon.“

(Fortsetzung folgt.)



Senator Straß: Wird diese Vorlage genehmigt, kommt der Senat bestimmt mit einem Antrag auf Verlängerung der Brodesstraße.

H. Thiel ändert seinen Antrag in ein Ersuchen um. Dimpler gibt eine Erklärung über die Enthaltung seiner Stimme ab.

Senator Dr. Fehling setzt die Gesetzeslage über diesen Punkt auseinander. Daß die Aufhebung Schlachthofstraßen nicht besonders angeführt sei, beruhe auf einer konkludenten Pändlung. Würde die Kommissionsberatung über den Antrag Thiel aufrechterhalten, den er erfreulicherweise zurückgezogen habe, könnte auch die Vorlage nicht genehmigt werden.

F. U. erklärt, daß er gegen die Errichtung einer Kühlhalle in der Marktstraße genehmigt sei, weil alles zu teuer war, aber das jetzige Projekt könne mit dem in Betracht gezogen gar nicht verglichen werden. Wenn in anderen Städten auch die Schlachthofgebühren höher seien, so werde dies durch billigere Kühlhausbenutzung wieder ausgeglichen.

S. E. n. b. tritt gleichfalls für die Vorlage ein. Die Beschlüsse für die Errichtung eines Kühlhauses seien damals einstimmig gefaßt worden, was auch hier geschehen müsse. Würde heute Kommissionsberatung beschlossen, könnte das Syndikat die Aktien bis zum 1. Juni nicht zusammenbringen. Würde der Staat das Kühlhaus bauen, dürfte es nicht über die Bedürfnisse des Schlachthofes hinaus errichtet werden. Unser Lübecker Handel brauche aber eine größere Anlage, um die nordischen Güter wie Geflügel, Eier usw. unterbringen zu können. Die Möglichkeit, das in den ersten Jahren eine Verzinsung von 10 Proz. nicht erreicht wird, ist vorhanden, es müsse eben auch damit gerechnet werden. Die Maschinenlieferung sei bereits abgeschlossen, die Fabrik aber nur bis zum 1. April gebunden. Redner wünscht, daß dem Ersuchen Thiels entsprochen, der Antrag Heydt jedoch abgelehnt wird.

J. n. e. steht der Vorlage sympathisch gegenüber und empfiehlt deren sofortige Annahme. Wichtig hält Redner auch eine bessere Verbindung der Vorstadt St. Lorenz mit der inneren Stadt und begründet Thiels Ersuchen. Ein Zusatzantrag, die Schlachthofstraße aufzuheben, stellt Redner, um einen weiteren Senatsantrag in dieser Beziehung überflüssig zu machen.

Senator Dr. Fehling stimmt dem zu. B. a. n. d. e. r. e. spricht zugunsten der Senatsvorlage. Die Schlachter seien früher nur zu bequem gewesen, um die vorhandenen Kühlanlagen zu benutzen. Redner fragt ferner ob das Eis, welches verwendet werden soll, bakterienfrei sei. Unser Wasser sei doch schon benämelt worden.

Senator S. t. r. a. c. k. widerspricht dem letzten Satz und behauptet, daß nur einwandfreies Eis zum Verbrauch komme.

A. u. g. W. a. p. e. mündet sich gegen S. E. n. b., der die Maschinenfrage angeschnitten habe. Es zeuge nicht von großer Einschätzung der Bürgerschaft, wenn die Maschinen bestellt würden, ehe die Bürgerschaft die Vorlage beschlossen habe. Von einer Rentabilität könne man noch nicht sprechen. Wir hätten für Travemünde Millionen ausgegeben und den Vorteil davon habe einzig und allein die Lübeck-Büchener Bahn. Hier könne es uns ebenso ergehen. Bei der elektrischen Bahn und beim Feuerbestattungsverein hätten wir Garantien verlangt, hier wolle man wieder Ausnahmen schaffen. Eine gründliche Prüfung sei erst nötig.

Senator Dr. Fehling: Es ist hier ganz konsequent verfahren. Wir schaffen erhebliche Lasten von den Schultern des Staats, die Sicherheit des Geldes steht unbedingt fest.

L. e. g. t. m. e. y. e. r. (Moistling) tritt zum Wohle der Stadt und des Staates für die Vorlage ein, Kommissionsberatung habe keinen Zweck.

Damit ist die Generaldebatte erschöpft. In der Einzelberatung wünscht.

A. u. g. W. a. p. e. beim § 2 eine präzisere Fassung. H. e. i. n. s. o. h. n. j. r. zieht seinen Antrag zurück, bittet aber, einer ähnlich lautenden Resolution zuzustimmen. Sie enthält den Wunsch, daß Arbeiten und Lieferungen, soweit nicht Spezialarbeiten und solche in Frage kommen, die von Lübeckern nicht ausgeführt werden können, hiesigen Gewerbetreibenden zu übertragen sind. Die Bedingungen sollte das Lübecker Banamt festlegen.

J. n. e. widerspricht dem Vorredner. Gerade er habe mit einem Lübecker Handwerker schlechte Erfahrungen gemacht. Der Auswärtige habe bessere Arbeiten geliefert. H. e. i. n. s. o. h. n. bedauert die Rede Jennes, nachdem der Senat so zuverlässige Erklärungen abgegeben habe.

H. ö. b. s.: Wir legen der Gesellschaft gar keine Lasten auf. Die Bürgerschaft soll deshalb aussprechen, ob sie dem Lübecker Handwerk etwas zuweisen will.

H. e. i. n. s. o. h. n. j. r. glaubt nicht, daß jemand in der Bürgerschaft gegen seine Resolution stimmen wird.

W. a. n. d. e. tritt gleichfalls dafür ein. Würde die Bürgerschaft diese ablehnen, könnte man glauben, es würde kein Wert darauf gelegt, daß das Lübecker Gewerbe berücksichtigt werde.

Senator Dr. Fehling hat gegen die Fassung der Resolution nichts einzumenden.

Der Antrag, der Kühlhaus-Aktien-Gesellschaft ein Darlehen von 700 000 Mk. zu gewähren, wird mit den Zusätzen angenommen, Kommissionsberatung abgelehnt.

Einmütig angenommen wird die Resolution von H. e. i. n. s. o. h. n. j. r.

Das Ersuchen Thiels ändert ebenfalls Annahme.

Angenommen wird ferner der Antrag betr. die Erweiterung des Schlachthofs und derjenige über die Erweiterung der Quarantäneanstalt.

Zusammen verhandelt werden auch die beiden folgenden Anträge:

1. Zweiggleisiger Ausbau der Straßenbahn nach Israelsdorf.

2. Bau einer Straßenbahn Israelsdorf-Rücknig.

H. ö. b. s. bittet, den Antrag über den zweigleisigen Ausbau nach Israelsdorf von der Tagesordnung abzusetzen.

Senator Straß bittet, dem nicht zu entsprechen, um den Grundbesitzbesitzern in der Israelsdorfer Allee entgegenzukommen.

Dr. G. ö. r. g. Durch das lübeckische Amtsblatt ist die Tagesordnung rechtzeitig bekannt gemacht worden, zudem hängt dieser Antrag mit dem Bau einer Bahn nach Rücknig eng zusammen.

St. e. l. l. i. n. g.: Wir stimmen der Vorlage zu, wenn wir auch zunächst damit rechnen müssen, daß sich die Bahn nach Rücknig vorerst nicht rentiert. Ich bin der Auffassung, daß wir in dieser Beziehung vorsichtig operieren müssen. Tatsache ist jedoch, daß diese Bahn einen Fortschritt bedeutet. In der Vorlage wird besonders hervorgehoben, daß in der Hauptstraße Arbeiter vom Hochofenwert und dem Fabrikinterieur für die Beförderung in Betracht kommen. Welcher können wir uns der Hoffnung hingeben, daß durch den Bahnbau die Anwesenheit anderer dortigen Industriezweige gefördert wird. Ich erwarte um Auskunft, ob auch nach jeder Richtung hin dafür gesorgt ist, daß die Bahn morgens früh rechtzeitig fährt. Auf dem Hochofenwert wird regelmäßig um 6 Uhr mit der Arbeit begonnen, in anderen Betrieben zur Sommer- und Winterzeit unterschiedlich.

Da unsere übrigen Linien im Winter morgens früh nicht fahren, erwachen Bedenken und deshalb möchte ich die Erklärung vom Senatsstische hören, ob dem Bedürfnis der Arbeiterbeförderung entsprochen wird. Dann können wir unbedenklich dafür stimmen. Ferner möchte ich die Straßenbahnbehörde bitten, da ja jetzt im Ausbau gewissermaßen Ruhe eintreten wird, die Frage zu prüfen, ob nicht auch im Winter Frühwagen eingestellt werden können, damit die Arbeiter morgens zur Arbeitsstelle fahren können. Wenn Sie Erhebungen darüber anstellen, werden Sie sich von der Notwendigkeit überzeugen. — Eine Sache von größter Bedeutung ist auch die Weiterführung des Betriebes in der Kronsförder Allee, wo sich die Hauptwerkstätte der Lübeck-Büchener Bahn befindet. Dort arbeiten viele Arbeiter und Beamte, die vor dem Burg- und Holstenort wohnen. Bei ihrer Mittagspause sind sie um die Mittagszeit auf zweimaliges Fahren angewiesen, um wieder rechtzeitig zur Stelle zu sein. Diese Leute müssen jetzt mehrere Minuten bis zur Endstation gehen, dadurch wird ihnen die Mittagszeit um 6-7 Minuten verkürzt. Außerdem ist der Weg von der Werkstätte bis zur Bahn äußerst zugig, und dadurch sind die Leute, die bei ihrer Arbeit sozusagen im Schwelge haben, manchen Krankheiten ausgesetzt. Die Bahn müßte man also vom Krankenhaus an weiter ausbauen. Die Arbeiterzüge der Lübeck-Büchener Bahn verkehren ja heute nicht mehr. Es kommen jetzt etwa 45 000 Fahrgäste jährlich in Betracht, die Verhältnisse sind anders geworden als früher. Die Lübeck-Büchener Bahn bezahlt für die Beförderung ihrer Leute jetzt einen Zuschuß von 2400 Mk. jährlich. Jene Gegend ist im Laufe der Jahre sehr angebaut worden. Das Verlangen jener Arbeiter und Beamten sowie der dortigen Anwohner ist sehr berechtigt, eine Eingabe an den Bürgerausschuß und die Bürgerschaft blieb erfolglos. Ich stelle deshalb das Ersuchen an den Senat, uns baldmöglichst eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher die Straßenbahn in der Kronsförder Allee bis zur früheren Bahnkreuzung ausgebaut wird.

Senator Straß: Es fährt jeden Mittag ein Wagen bis zur Schwarzen Allee und kehrt auch rechtzeitig wieder zurück. Eine Weiterführung der Bahn, wie sie Stellung wünscht, würde 100 000 Mk. kosten, die Strecke würde sich nicht rentieren, denn die Mehraufwendungen würden pro Jahr 30 000 Mk. betragen. Gewiß hat Herr Stellung recht, daß der Ausbau notwendig wäre, doch spielt die Kostenfrage die Hauptrolle. Für Frühwagen nach Rücknig wird gesorgt werden.

H. e. n. t. (Bültwisch) tritt für die Senatsvorlage ein, obgleich Jahre hingehen würden, um sie rentabel zu machen. Wir hätten einmal die Industrie geschaffen und müßten auch weiter für Fortschritt sorgen. Freilich habe man eine falsche Bodenpolitik eingeleitet, von der man wieder ablassen müsse. Ferner müßten Bündel- und Arbeiterarten eingeführt werden.

Senator Straß: Die Vorzüge auf den übrigen Linien werden auch auf die neue übertragen.

H. ö. b. s. will statt der verlangten 396 000 Mk. für die Bahn nach Rücknig nur 376 000 Mk. eingestellt haben. Wie steht es mit dem Radfahrweg nach Trems, der durch die Bahn nach Schwarzen aufgehoben ist? Die Schienen in der Burgstraße bedürfen dringend der Erneuerung, durch den jetzigen Zustand leidet das Wagenmaterial. In bezug auf die Vorgärten stellt Redner ein Ersuchen an den Senat, den § 2 des Gesetzes über den Bebauungsplan in den Vorstädten einer Revision unterziehen zu wollen.

Dr. G. ö. r. g.: Das ist ein selbständiger Antrag, den ich auf die nächste Tagesordnung setzen werde.

Senator Straß: Die von H. ö. b. s. beantragte Streichung bitte ich nicht anzuerkennen. Die Material- und Wagenpreise sind seit Festsetzung des Voranschlages gewaltig gestiegen. Für die Burgstraße und auch andere Straßen werden Verbesserungen geschaffen.

Wie unterliegt dem Antrag Stelling's. Die Mühlentor-Linie sei eine der bestrentierendsten. Um 200 Meter könne man die Bahn ruhig verlängern.

Senator Straß: Jeder Meter Gleise kostet 50 Mk., das Geforderte doppelt ausgebaut verschlingt 20 000 Mark, wofür wir keinen Pfennig einbekommen.

A. u. g. W. a. p. e. tritt gleichfalls für Stelling's Antrag im Interesse der Arbeiter ein. Wir schweifen immer in die Ferne und vergessen das Zunächstliegende. Auch die Krankenschwestern hätten noch keine Freikarten. Ferner fragt Redner, ob die Lübeck-Büchener Bahn an der Uferbahn eine Erlebbahn einführen wolle.

Senator Straß betont u. a., daß die Frage der Freikarten für Krankenschwestern noch erwogen werde.

H. ö. b. s. ersucht, seinem Antrag, 20 000 Mk. abzusetzen, zuzustimmen.

Senator Straß erklärt, eine wesentliche Überschreitung würde dann eintreten. Durch die Streichung werde nichts erspart.

Prof. Dr. G. r. u. b. e. fragt, wie weit das Projekt stehe, das die Marlinlinie mit der Koedstraße verbinde. Er erwartet eine baldige Vorlage.

Senator Straß: Sobald wie möglich wird dem Wunsch entsprochen, vorläufig haben wir in der Straßenbahnbehörde ungeheuer viel zu tun.

Wie weist auf den jahrelangen Wunsch der Linienverlängerung in der Kronsförder Allee hin.

Der Antrag auf zweigleisigen Ausbau der Linie nach Israelsdorf wird hierauf angenommen.

Dr. J. M. e. y. e. r. wünscht, um dem heutigen Durcheinander abzuhelfen, die Nummernbezeichnung auf allen Wagen möglichst bald eingeführt.

Senator Straß: Die einheitliche Durchführung erfordert eine besondere Verlegung der Achse. Der Wunsch ist berechtigt, kann aber nur allmählich geschehen.

Angenommen wird auch der zweite Antrag, die Bahn nach Rücknig betr.

Stelling's Antrag wird ebenfalls genehmigt.

Ein weiterer Antrag betrifft die Wahl eines Platzes für die Errichtung eines neuen Dienstgebäudes für das Staatsarchiv und eines Neubaus für die Realschule zum Dom.

Dr. W. e. g. k. e. stimmt gegen diesen Antrag, weil der Antrag mit dem Neubau der Realschule verknüpft ist. Er wünscht die Schule eventuell nach St. Lorenz oder an den alten Holschuppen verlegt, ein so großer Stadteil habe ein Anrecht darauf, daß in ihm eine höhere Schule erbaut werde. Die Gründungskosten am vorgesehenen Platz seien zu teuer, zudem könne man den alten Holschuppen nicht in alle Ewigkeit so stehen lassen.

Dr. G. M. e. y. e. r. findet die Ausführungen des Vorredners nicht zureichend. Der vorgesehene Platz sei für beide Gebäude gut gewählt. Man würde den Plänen für den alten Bahnhofsplatz unnötig entgegenarbeiten und beide Vorlagen gefährden, wenn den Kommissionsbeschlüssen nicht Folge geleistet würde.

H. e. n. t. (Bültwisch) bittet, es beim Senatsantrag zu belassen.

Hauptlehrer K. e. i. m. p. e. l. l. fragt, ob sich nicht eventuell das Kommissionsgebäude fürs Archiv eigne.

Senator Dr. S. c. h. e. n. b. u. r. g. betont, daß davon kein Rede sein könne.

G. R. e. i. m. p. e. l. l. tritt für den Senatsantrag ein. Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte gelangt dieser Antrag zur Annahme: Stellung von Zeichenlehrerinnen an Mädch. Mittel- und Volksschulen.

Beim Antrag betr. die Verbesserung ein Fahrverbindungen nach dem Privatwall ersucht Herr (Bültwisch) um Kommissionsberatung. Eine Fahrt mit Kraftbetrieb wäre vorteilhafter, umso mehr, als auf dem Privatwall viel gebaut werde.

Senator R. a. b. e.: Die Summe ist bereits im Budget veranschlagt. Es handelt sich nur um eine Ergänzung.

H. i. e. m. a. n. n. (Schlutup) gibt seiner Freude über den Antrag Ausdruck.

G. r. u. n. a. u. glaubt, daß durch die beabsichtigte Neuerrichtung noch nicht ganze Arbeit gemacht werde. Die Fahrt werde sehr viel benutzt, eine bessere und schnellere Verbindung von Privatwall und Stadt sei nötig.

Senator R. a. b. e.: Des Vorredners Anregungen sind beim Budget reichlich besprochen worden, eine weitere Belastung ist nicht am Platze.

Dr. J. M. e. y. e. r.: Einer Kommissionsberatung liegt nicht im Wege, Herr Henk hatte völlig recht.

R. ö. g. e. r. bittet um möglichste Beschleunigung des Fahrbetriebes.

H. ö. b. s. ersucht, dem Antrag Herrt zuzustimmen. Wenn eine Fahrplanänderung verbessert werden soll, müsse man richtig vorgehen. Wenn in der jetzigen Weise vorgegangen werde, schaffe man keine Verbesserung. Jetzt sei es geradezu gefährlich, die Fahrt zu benutzen. Der Draht hänge im Fahrwasser und gehe nicht auf den Grund. In die Kommissionsmitglieder und Fachmänner genähert werden.

Über die Genehmigung der 17 700 Mk. entspringt sich eine längere Auseinandersetzung, ob der Bürgerausschuß nicht auch noch darüber zu beschließen habe. Vom Senatsstisch wird ersucht, nicht unnötig die Geschäftsordnung zu erschweren und dem Antrag zuzustimmen.

G. r. u. n. a. u. will Kommissionsberatung, die Travemünde flünden auf einem andern Standpunkt.

G. R. e. i. m. p. e. l. l.: Der Senat kann den Wünschen der Bürgerschaft gar nicht mehr gerecht werden, und immer kommen weitere. Es ist das Äußerste, was für Travemünde getan werden kann.

S. ö. h. r. m. a. n. n.: Die Fahrverhältnisse liegen ganz anders als vom Senatsstische dargelegt wurde. So wie sie jetzt sind, bilden sie eine halbe chinesische Mauer; durch die Verlegung der Fährre wird keine Verbesserung geschaffen. Redner gibt alsdann einige Angaben, wie es gemacht werden soll.

Senator R. a. b. e. behauptet, daß nur ein minimaler Verkehr auf der Fährre herrsche, mit dem Vorge schlagenen müsse man sich begnügen.

H. ö. b. s.: Für die 17 000 Mk. haben wir keine Verbesserung. Da ist es schon empfehlenswerter, die Vorlage ganz abzulehnen. Wenn wir das Geld ausgeben, muß auch etwas Gutes geschaffen werden.

Senator Dr. Fehling: Der Senat hätte sich begnügen können, die Vorlage dem Bürgerausschuß zur Verabschiedung zu überweisen, eine Ablehnung durch die Bürgerschaft ist ganz unmöglich.

S. ö. h. r. m. a. n. n.: So wie es jetzt geplant ist, wird das Geld unnötig ausgegeben, es ist keine Verbesserung.

G. r. u. n. a. u.: Die vorgebrachten Bedenken müssen Sie überzeugen, daß Kommissionsberatung notwendig ist. Sie ist nicht so sehr geboten.

Dr. v. B. r. o. c. k. e. n. tritt nun, nach den vorgebrachten Einwendungen auch für Kommissionsberatung ein.

Der Antrag Herrt auf Kommissionsberatung wird angenommen.

Zur Annahme gelangt der folgende Antrag: Weitere Verstärkung des Abschnittes XIX der Ausgabenseite des Voranschlages für 1911 um 50 000 Mark.

Beim folgenden Antrag betr.: Fernere Ermächtigung des Finanzdepartements zum Verkauf von Industrielandereien erklärt

L. ö. w. i. g. t., daß seine Fraktion nach wie vor gegen die gewünschte Ermächtigung des Finanzdepartements zum Verkauf von Industrielandereien stimmen werde. Wir sind grundsätzlich gegen den Verkauf von Staatslandereien. Zu wünschen wäre auch, daß die überfichtarten und der Bericht des Baudirektors Redner über die Ausgestaltung der lübeckischen Wasserstraßen den Bürgerausschußmitgliedern zugehen würden, die später in die Bürgerschaft eingetreten sind und sie noch nicht im Besitz haben.

Dr. G. ö. r. g.: Dem Wunsche wäre gewiß entsprochen worden, wenn er mir bekannt gewesen wäre.

Der Antrag wird angenommen.

Der folgende Antrag lautet: Erwerb des Eigentums an Erbpachtstellen in Krempelesdorf durch die Firma Fiby u. Co., G. m. b. H.

H. e. n. t. (Bültwisch) hätte nicht geglaubt, daß es ein Erwerb des Eigentums sei, sondern eine Abbaugabe. Das Zugrundegelegte könne man später aber nicht auf das Abbaugesetz wälzen. Dem Staate werde dadurch kein großes Geschäft zugewendet. Unklar sei auch die Handlungsweise des Staatskommissars in dieser Sache.

Senator Dr. Fehling: Die Verhandlungen schweben noch, wie ich früher erklärt habe.

Der Senatsantrag gelangt hierauf zur Annahme.

Die Bürgerausschußkommission stellt zu diesem Antrag das Ersuchen, an der Nordseite der Schönböckener Straße Klinterpflasterung vorzunehmen.

Senator Dr. Fehling: Wenn die Bürgerschaft sich dafür ausspricht, hat der Senat nichts dagegen, doch betragen die Kosten 8000 Mk.

S. c. h. e. t. e. l. i. g.: Der Betrag kann doch von der von der Firma zu zahlenden Straßenbauabgabe genommen werden.

Das Ersuchen der Kommission wird abgelehnt.

Der letzte Antrag betrifft die Überweisung eines Geländes aus den Karlshöfer Landereien an den Lübecker Verein für Luftfahrt als Bandungsplatz für Flugzeuge.

L. ö. w. i. g. t.: Obwohl wir der Entwicklung der Luftfahrt sehr interessiert gegenüberstehen, können wir uns nicht für den Senatsantrag erklären, um so weniger, als die Begründung nicht ausreichend ist. Es wird freilich gesagt, daß die Schaffung eines Bandungsplatzes in Lübeck im nationalen Interesse wünschenswert sei. Es mag sein, daß der hiesige Verein für Luftfahrt die Einrichtung für angebracht hält. Diesem Verein gehören aber die wohlhabendsten Leute Lübecks an, die selbst sehr wohl imstande sind, den Platz anzulegen und aus ihrer eigenen Tasche wenigstens die Hälfte dafür zu bezahlen. Es ist nicht angebracht, für alle derartigen Sportzwecke, die wesentlich dem Besitzenden zugute kommen, Staatsgelder anzulegen. Die Luftfahrt ist vorläufig noch Sport und für Sportzwecke werden in Lübeck schon große Summen ausgegeben.

Dr. v. B. r. o. c. k. e. n.: Bei der Schaffung des Bandungsplatzes liegt ein nationales Interesse vor, der Sport tritt dagegen



zurück. Die wohlhabenden Leute, wie sie der Vordrucker anführt, können nicht alles tragen. Lübeck und Hamburg haben Mittel zu einem Flieger gesammelt, der zwischen den beiden Städten verkehren soll; auch für den Rundflug werden ungeheure Mittel gefordert. So große Mittel wie die geforderten können durch private Hilfe gar nicht aufgebracht werden.

Senator Dr. Dienau und Rabe widersprechen der Auffassung Löwigs ebenfalls, ein Sport stelle die Luftfahrt nicht vor.

Der Senatsantrag wird angenommen.  
Schluß 9/11 Uhr.

### Literarisches.

Alkohol, Strafrecht und Strafrechtsreform von Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund (J. Michaelis), Berlin SO. 16, Engel-Nfer 19. — 80 Seiten, Preis 10 Pfg. Der Verfasser schildert in großen Zügen den Zusammenhang zwischen Alkohol und Verbrechen. So erfahren wir unter anderem, daß die Leidenschaftsvergehen bis zu 80 Prozent ihre Ursache im reichlichen Alkoholgenuß haben. — Dann beschäftigt sich der Verfasser mit dem vor einiger Zeit veröffentlichten Entwurf

zur Strafrechtsreform. Die Ausführungen schließen: „Das Resultat unserer kurzen Übersicht über die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs ist also, daß wir abstinente Sozialdemokraten das vernichtende Verdict, das wir als Sozialdemokraten über den Entwurf zu fällen haben, auch von unserm Standpunkt als Abstinente nicht zu modifizieren brauchen.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Die edelsten Bestandteile



des Rindernierenfettes mit Milch und Sahne verbuffert, bilden die Grundstoffe der

### Siegerin

allgemein beliebten Margarine

welche infolge ihrer vorzüglichen Eigenschaften der Molkereibutter am nächsten kommt. Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten: **H. E. Mohr, & m. b. H. Altona-Bahrenfeld.**

der ausgewählten Kokosnüsse werden zur Herstellung der unübertroffenen und feinsten

### Palmato

vegetabilen Margarine

verwendet. Delikateste, vorzüglich haltbare und überall beliebteste

Pflanzenbutter.



Möbel
Betten
Polsterwaren

## Sehen Sie

meine leicht. Abzahlungsbedingungen

Einrichtung 250 Mk. Anz. 25 Mk. wöch. Rate 2 Mk.  
Einrichtung 350 Mk. Anz. 35 Mk. wöch. Rate 3 Mk.  
Einrichtung 500 Mk. Anz. 50 Mk. wöch. Rate 4 Mk.  
Einzelne Möbelstücke Anzahl. von 5 Mk. an

**Herren-Anzüge** von 6 Mk. Anzahl. an.  
**Konfirmanden-Anzüge** von 3 Mk. Anzahlung an.  
**Kinderwagen** von 5 Mk. Anzahlung an  
Lübecks erstes und größtes Kreditthaus

## H. Kesten

17 Holstenstr. 17, I. Etage.

**Kleiderstoffe**

**Wäsche**

**Tischdecken**

Gardinen
Uhren

# Zur Konfirmation

bieten wir durch Zusammenstellung von

## 4 Konfirmanden-Ausstattungen

die denkbar günstigste Kaufgelegenheit.

### Ausstattung I.

- 1 Anzug, Cheviot . Mk. 6.90
- 1 Paar Schnürstiefel „ 3.95
- 1 Hut . . . . . „ 1.75
- 1 Kragen u. Vorhemd „ 0.40
- 1 Krawatte . . . . . „ 0.20
- 1 Paar Manschetten „ 0.30
- 1 Paar Handschuhe „ 0.80

Ganze Ausstattung Mk. 14.30

### Ausstattung II.

- 1 Anzug . . . . . Mk. 10.50
- 1 Paar Schnürstiefel „ 4.75
- 1 Hut . . . . . „ 2.10
- 1 Kragen u. Vorhemd „ 0.40
- 1 Krawatte . . . . . „ 0.30
- 1 Paar Manschetten „ 0.35
- 1 Paar Handschuhe „ 1.00

Ganze Ausstattung Mk. 19.40

### Ausstattung III.

- 1 Anzug, Kammgarn Mk. 14.50
- 1 Paar Schnürstiefel „ 5.20
- 1 Hut . . . . . „ 2.25
- 1 Kragen u. Vorhemd „ 0.40
- 1 Krawatte . . . . . „ 0.35
- 1 Paar Manschetten „ 0.35
- 1 Paar Handschuhe „ 1.20

Ganze Ausstattung Mk. 24.25

### Ausstattung IV.

- 1 Anzug . . . . . Mk. 19.80
- 1 Paar Schnürstiefel „ 6.50
- 1 Hut . . . . . „ 2.75
- 1 Kragen . . . . . „ 0.25
- 1 Vorhemd . . . . . „ 0.35
- 1 Paar Manschetten „ 0.35
- 1 Paar Handschuhe „ 1.50
- 1 Krawatte . . . . . „ 0.50

Ganze Ausstattung Mk. 32.00

## Schuhwarenhaus

Lübeck, Holstenstr. 16 **Franzen & Co.** Lübeck, Holstenstr. 16.

Berreter: Emil Scheel, Fleißhaustraße 17, L. Fernsprecher 798.

## Werfen Sie ein Auge



Fabrik: Gebrüder Meyer, Hannover-Ricklingen.

auf Ihr Schuhzeug und sagen Sie selbst, ob es gut geputzt ist oder nicht. Nur

## „Ecla“

kann Sie ganz zufrieden stellen. Ueberall zu haben.

## Käse-lager

Schlumacherstr. 12 Große Wölfe  
Zwölfer Fettkäse a 20-30 Pfg.  
Detail-Verkauf auf der Diele.

# Käse! Billig!

1000 Stück vollfette u. fette Tilsiter, zirka 6 Pfund schwer, nach Güte 50, 75 Pfg. u. 1 Mk. per Stück.  
1000 Stück Woriner Fettkäse, sonst 35 Pfg., jetzt 10 Pfg. pro Stück.

Fleischhauerstraße 48. Kleinverkauf vom Engros-Lager.

Zur Konfirmation empfehle mein wohlgeplantes Lager in

### Weinen und Spirituosen.

## W. Rabfoth

Weingroßhandlung Untertrave 113.

Empfehle z. Palmsonntag:

- Pa. dickes kernfettes Rindfleisch
- „ Kalbfleisch
- „ Kalbsfleisch
- „ Schweinefleisch.

ff. Muffschnitt ff.

## H. Schmalfeld

Meißnerstraße 26. Fernspr. 2162.



## Fahrräder u. Nähmaschinen

in großer Auswahl empfiehlt

## Th. Vedder, Friedenstraße 1.

Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt.

## Hansa-Theater

Dir. Reinh. Gollbach.

Sonnabend, den 30. März 1912:

### Spezialitäten-Vorstellung

zum Besten des Lübecker Vereins für Zeppelfahrten.

Der Ueberschuß fließt dem obengenannten Zwecke zu.  
Preise der Plätze wie gewöhnlich.  
Vorverkauf bei Sager u. Niemeyer.

Um große Beteiligung im Interesse der guten Sache bittet  
Die Direktion.



**Die Arbeitsgarderoben**  
von  
**Bahr & Umlandt**  
— Breite Straße 31 —  
sind anerkannt preisw. u. haltbar.  
Zwillinghosen . . . 1.40 bis 3.50  
Blotthosen . . . 2.50 bis 5.50  
Maurerhosen . . . 2.90 bis 7.50  
Gen. Cordhosen 4.90 bis 9.50  
Schlosseranzüge 2.80 bis 5.00  
Stapp- u. Bauchhosen in allen  
Qualitäten.  
Trotz der billigen Preise  
rote Lubeca-Marken.

Ich empfehle  
in großer Auswahl:  
**Leibwäsche**  
für  
Damen, Herren u. Kinder  
Krawatten — Schirme  
Hosenträger  
Hüte und Mützen  
Lodenpelerinen  
für Herren und Knaben.

**F. Jürgensen**  
Ecke Schwartauer und  
Fackenburger Allee.

**Betten, Bettfedern**  
u. a. **Betten-Artikel**  
kaufen Sie billig und recht bei  
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt  
4. 10.  
3. B. kompl. Betten v. 12.50 Mt. an.  
Federn per Pfd. v. 45 Pf. 5. 4 Mt.  
Rote Lubeca-Marken.

 **Fahrrad- und**  
**Nähmasch.-Rep.-Werkst.**  
Alle Fabrikate werden fachgemäß u.  
billig ausgeführt unter prompter Be-  
dienung. Email. Vernick. bill. u. gut.  
**Carl Heynert, Lübeck,**  
Moist. Allee 6a. Fernspr. 352.

**Bernhard Raabe**  
Lübeck, Morkerkestraße 13.  
Am 30. März 1912 eröffne ich  
unter obiger Firma  
ein **Spezial-Zigarren-, Tabak-  
und Zigaretten-Geschäft**  
und bitte Sie freundlich, mein  
junges Unternehmen gütigst unter-  
stützen zu wollen.  
Hochachtungsvoll  
**Bernhard Raabe.**

Passende  
**Konfirmationsgeschenke**  
empf. in reich. Auswahl billig  
**Willi Westfeling**  
Uhrmacher  
u. Juwelier  
32 Holstenstraße 32.

Empfehle sämtliche  
**Braten**  
in bester Qualität.  
H. Bier- und Bodwürst.  
H. Aufschnitt.  
**Oscar Keil**  
Schlachtereie u. Würstmacherei  
mit elektr. Betrieb  
Schwart. Allee (Ecke Westhoffstr.)  
Fernsprecher 1447.

**Holsten-Automat**  
G. m. b. H. Holstenstr. 14.  
Warme und kalte Speisen  
Feinste belegte Brötchen 10 Pf.  
Helles und dunkles Bier 10 Pf.  
Freunden und hiesigem Publikum  
bestens empfohlen.  
**Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.**

# Staunend billiger Einkauf zur Osterbäckerei.

Einem geehrten Publikum zur gefl. Nachricht, dass wir in unserer  
Filiale **Fleischhauerstr. Nr. 7**  
folgende Marken feinsten Tafel-Margarine neu aufgenommen haben:

1. **Gebrol-Extrafein**
2. **Gebrol-Extra**
3. **Hausmarke I.**
4. **Hausmarke II.**

Der Verkauf sämtlicher Marken erfolgt frisch vom Faß.

Um nun diesen wirklich feinen Butterersatz, deren Erzeugerin  
eine berühmte erstklassige Fabrik Deutschlands ist, schnell einzu-  
führen, verabfolgen wir ab Sonnabend, den 30. d. Mt., nachmittags  
3 Uhr, bis zum 8. April d. J.

1 Pfund feinste Tafel-Margarine, Marke Gebrol-Extrafein und 2 hiesige, frische, goldgelbe Landeier oder nach Wahl 1 Pfund feinstes Weizenmehl oder nach Wahl 1/2 Pfund feinsten gemahlten Zucker	Zusammen für nur <b>90</b> Pfennig.
Gebrol-Extrafein ist im Geschmack wie feinste Meiereibutter.	

1 Pfund feinste Tafel-Margarine, Marke Gebrol-Extra und 2 hiesige, frische, goldgelbe Landeier oder nach Wahl 1 Pfund feinstes Weizenmehl oder nach Wahl 1/2 Pfund feinsten gemahlten Zucker	Zusammen für nur <b>80</b> Pfennig.
--	--

Beim Einkauf von 2 Pfund feinsten Tafel-Margarine Marke Gebrol-  
Extrafein und Marke Gebrol-Extra kosten

2 Pfund feinste Tafel-Margarine Marke Gebrol-Extrafein und 5 hiesige, frische, goldgelbe Landeier oder nach Wahl 2 1/4 Pfund feinstes Weizenmehl oder nach Wahl 1 1/4 Pfund feinsten gemahlten Zucker	Zusammen für nur <b>180</b> Pfennig.
--	---

2 Pfund feinste Tafel-Margarine Marke Gebrol-Extra und 5 hiesige, frische, goldgelbe Landeier oder nach Wahl 2 1/4 Pfund feinstes Weizenmehl oder nach Wahl 1 1/4 Pfund feinsten gemahlten Zucker	Zusammen für nur <b>160</b> Pfennig.
--	---

1 Pfund feinste Tafel-Margarine, Hausmarke I und 6 Bouillon-Würfel oder nach Wahl 3/4 Pfund feinstes Weizenmehl	Zusammen für nur <b>70</b> Pfennig.
---	--

1 Pfund feinste Tafel-Margarine Hausmarke II und 4 Bouillon-Würfel oder nach Wahl 1/2 Pfund feinstes Weizenmehl	Zusammen für nur <b>60</b> Pfennig.
---	--

Hausmarke II ist vorzüglich zum Kochen und Braten.  
Außerdem empfehlen wir einen großen Posten

**feinste Zervelatwurst** Pfd. 120<sub>4</sub>  
**feinsten Tilsiter Vollfettkäse** Pfd. 70 und 80<sub>4</sub>  
einen großen Posten  
**alten pikant. Tilsiter Fettkäse** Pfund 30, 40, 50<sub>4</sub>

## Gebrüder Oldekop

Fernsprecher 1679. Postscheck-Konto Hamburg 4615.  
en detail — Käse, Wurst u. Margarine — en gros.

**Gemüse und Früchte in Dosen**  
1-Pfd.-Dose Spargel 40, 50 u. 70  
2 " " do. 60, 75, 90 u. 120  
1 " " Erbsen 28 u. 88  
2 " " do. 36, 45 u. 80  
3 " " do. 35, 4, 4 Pfd. 110  
2 " " **Wachbohnen** . . . 44  
1 " " am. Gemüße 35 2 3/4 55  
1 " " Spinat 35, 2 3/4 55  
1 " " Mörschen 35, 2 3/4 55  
2 " " **Apfelsau** nur 70  
4 " " do. 180, 10 3/4 300  
2 " " **Swetsch.** o. Steche 60  
2 " " m. 3.60, 10 3/4 300  
2 " " **Mirabellen** . . . 80  
4 " " **Mirabellen** . . . 150  
10 " " **Senfgurken** . . . 350  
2 " " **Selberbeeren** . . . 80  
2 " " **Kirschen** . . . 80  
2 " " **Melange** . . . 180  
10 " " **Zuckergurken** . . . 400

**Eduard Speck**  
Süßstraße 80 und 82.

**Feinstes Schweinefleisch**  
per Pfund Mt. 0.80  
hält bestens empfohlen  
**Joh. Böttcher, Meißnerstraße 43.**

**Fabrikarbeiter Deutschl.**  
Fabrikstele Lübeck.  
Lübeck Neusefeld.

**Mitglieder-Versammlung**  
Sonnabend, 30. März  
abends 8 1/2 Uhr  
bei **Pinkert (Gasthof Transvaal)**  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Vortrag des Kollegen Kadde.  
3. Innere Verbandsangelegenheiten.  
Um recht zahlreiches Erscheinen  
ersucht  
**Die Distriktsleitung.**

**Freie Jugend und  
Jugendausschuß.**  
Sente Freitag abend 8 Uhr:  
**Zusammenkunft**  
im „Gewerkschafts-Haus“  
Johannisstraße 50-52.  
Wichtig! Alle kommen!  
**Der Jugend-Ausschuß.**

 **Gesangverein**  
„Eintracht“.  
Die Gesangstunde findet nicht  
Freitag, sondern Sonnabend, den  
30. März, statt.  
Der Obmann.

**Stadtbekannt**  
ist es bereits, daß man  
sich in **KALNBERGS**  
**UNIVERSUM**  
köstlich amüsiert!  
Beginn 8 Uhr. Ende 12 Uhr.  
Entree 20 Pfg.

**Neues Stadttheater.**  
Sonnabend, 30. März. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Ab. 164. Sonnabend-Ab. 16.  
**Die Zauberflöte.**  
Große Oper von Mozart.  
Sonntag, 31. März. Nachm. 3 Uhr.  
8. Volks-Vorst. Jeder Pl. 50 Pfg.  
**Die Räuber.**  
Schauspiel von Schiller.  
Vorverkauf der Billets für diese  
Volksvorst. Freitag und Sonnabend  
je 8-9 Uhr an der Theaterkasse.  
Alle Plätze werden angekauft.  
Sonntag, 31. März. 7 1/2 Uhr.  
Voll-Ab. 165. Große Preise.  
**Tief land.**  
Oper von Eugen d'Albert.  
Dienstag, 2. April. 7 1/2 Uhr.  
Neu einstudiert!  
**Der Mikado.**  
Operette von Sullivan.

**Stadthallentheater.**  
Sonntag, 31. März. 8 Uhr.  
**Glaube und Heimat.**  
Schauspiel von Schönherr.  
Vorverkauf täglich in den bekannten  
Stellen bei Nagel, Markt 14, und  
Rob. Kohlmarkt 13.